Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

16 (19.1.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-453153

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 12.50 Mark, dazu 1.50 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 13.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 34.50 Mark, monatlich 11.50 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 60 Pf.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 90 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1.20 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 4.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Donnerstag, 19. Januar 1922 * Nr. 16 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr 1265.

Reform des Ehescheidungsrechtes.

Von Anna Blos, Stuttgart.

Als ich vor einiger Zeit über die Stellung der Frau im Bürgerlichen Gesetzbuch geschrieben hatte, erhielt ich von vielen Seiten Zuschriften, durch die ich in erschreckender Weise Einblick erhielt in zerrissene Ehen. Fast alle Frauen waren bescheiden genug, zu betonen, daß ihnen die ihnen bisher schon eingeräumten Rechte genügen würden, wenn sie nur eine Möglichkeit hätten, diese Rechte in die Praxis zu übertragen. Sehr häufig kehrt die Klage wieder. Daß laut Gesetz vom 1. Januar 1900 der Frau kein Anrecht auf Errungenschaft zusteht, selbst wenn diese nachweisbar durch gemeinsame Arbeit erworben wurde. Natürlich wird dieser Erlaß in einem Eheleben, das harmonisch verläuft, keine Entrechtung bedeuten. Es wird zur Härte, wenn, wie so häufig, Entfremdung eintritt. Will die Frau dann den Mann verlassen, so kann sie wohl auf lebenslänglichen Unterhalt klagen. Im günstigsten Fall erhält sie wohl auch eine Entschädigung. Mit Recht empfindet aber eine anständige Frau es als unwürdig, in lebenslänglicher Abhängigkeit von dem Mann zu leben, der keinen Wert mehr für sie hat. Die gerechten Ansprüche, die die Frau an das von ihr miterworbene Vermögen zu stellen hat, können nur durch gesetzlichen Zwang und auch nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgreich durchgeführt werden. Aehnlich verhält es sich mit den gesetzlichen Ansprüchen, die die Frau in bezug auf Wohnung, Wirtschaftsgeld, Kleidung usw. innerhalb der Ehe zu stellen hat. Kann sie diese nur durch gesetzlichen Zwang durchsetzen, so ist die Ehe eigentlich längst zerstört.

Mit Recht werden daher von seiten vieler Frauen Reformen der Ehescheidungsgesetze gefordert. Wo man ihnen Widerstand entgegenstellt, geht man in der Hauptsache davon aus, daß man eine Zunahme der Ehescheidungen befürchtet. Man will nicht begreifen, daß es unmoralischer ist, wenn zwei Menschen aneinander gekettet sind, die sich gegenseitig gleichgültig, wenn nicht gar verhaßt geworden sind. Nicht nur sittliche Verschuldung, auch innere Gründe müssen maßgebend sein für eine Ehescheidung. Die Ehescheidung soll erleichtert werden auch bei leichteren Formen des Verschuldens, oder vielleicht soll vom Verschulden überhaupt keine Rede sein, sondern die Scheidung soll erfolgen bei übereinstimmendem Wunsch beider Ehegatten, oder auf einseitigen Wunsch eines der Ehegatten. Ein Verschulden ist es doch auch nicht, wenn zwei Menschen, die sich in jungen Jahren geheiratet haben, zu einer Zeit, wo beide noch entwicklungsfähig waren, in der Ehe eine Entwicklung nehmen, die sie nicht zueinander-, sondern auseinanderführt. Das wird z. B. leicht der Fall sein, wenn es sich um sehr starke Persönlichkeiten handelt. Es kann sein, daß der eine Ehegatte eine durchaus beharrende Persönlichkeit ist, der andere sich rasch fortentwickelt. Das kann bei dauerndem engen Zusammenleben dauernden Konfliktsstoff geben. Ein Verschulden liegt nicht vor, denn weder bei der Verharrung noch bei der Fortentwicklung liegt böser Wille vor. Beides ist Naturnotwendigkeit. Je stärker die Persönlichkeiten sind, um so tiefer werden sie darunter leiden, daß sie an einem Menschen gekettet sein sollen, der im Laufe der Jahre etwas ganz anderes geworden ist, als er bei der Eheschließung war und zwar ohne sein Zutun. Diesen Fall habe ich gerade in der neuen Zeit, wo so viele Begriffe gestürzt worden sind, sehr häufig gefunden. Der eine Teil stellt sich mit Begeisterung auf die neue Zeit ein, die Hemmungen in ihm gelöst hat, unter denen er früher, vielleicht unbewußt, litt. Der andere Teil wieder kann sich der neuen Zeit durchaus nicht anpassen. Für beide wird die Ehe so zum unerträglichen Zwang.

Von den Gegnern der Entscheidung werden diese durchaus ethischen Gründe des Wunsches der Trennung so gut wie gar nicht gewürdigt. Sie behaupten, daß in 70 von 100 Fällen erst das Erscheinen des „Dritten" die „Zerrüttung" der Ehe und den Wunsch nach Trennung herbeiführen. Mir scheint, daß diese Behauptung kaum nachweisbar ist. Ist aber eine Ehe wirklich durch einen „Dritten" zerrüttet, so kann von ihrer Heiligkeit wohl kaum noch die Rede sein und niemand wird behaupten können, daß ihre Fortführung als ethisch begründet gelten kann. Die Gegner der erleichterten Ehescheidung meinen, daß ein skrupelloses Hinübertaumeln von einer Ehe in die andere die Folge sein wird. Das skrupellose Hinübertaumeln zu anderen Männern oder Frauen innerhalb der Ehe, das doch im Grunde viel unsittlicher ist, weil eine gesetzliche Einrichtung als Deckmantel dafür genommen wird, ist aber gestattet, so lange das „Dekorum" gewahrt wird. „Jede auflodernde Leidenschaft zu einem Dritten oder jede Entfremdung zwischen den Ehegatten kann dann als Anlaß zur Trennung gelten." Sie kann als Anlaß gelten, wenn schon vorher eine völlige innere Entfremdung eingetreten ist. Sie muß aber nicht als Anlaß gelten, wenn gegenseitiges Verständnis füreinander da ist, warmherziges Bemühen, trotz Entfremdung den Weg wieder zueinander zu finden. Das ist es wohl, was das Zeitalter des Humanismus so sehr von dem unsern unterscheidet. Das Gelteinlassen anderer Ansichten, die Achtung vor der Persönlichkeit, vor dem Eigenleben des andern. Man denke z. B. an den Lebensweg einer Caroline Schlegel-Schelling, einer Caroline v. Humboldt. Beide so stark ausgeprägte weibliche Persönlichkeiten, Frauen, die in ihrem Streben auch irrten, die aber so tiefes Verständnis fanden bei großen Menschen ihrer Zeit, die ihr Irren begriffen, weil ihr Streben ihnen als Höchstes galt. Die Achtung vor der inneren Freiheit, das Gelteinlassen des Rechtes der Persönlichkeit in der Ehe würde ein besserer Schutz sein vor der Zunahme der Ehescheidungen, als gesetzliche Zwangsmaßregeln.

Der Bund deutscher Frauenvereine, der Anträge eingereicht hat zur Erleichterung der Ehescheidung, sieht eine schnelle Trennung vor bei Trunksucht, Geisteskrankheit oder völlig zerfallener Vermögensverhältnisse. Falls die Ehescheidung wegen Zerrüttung bei der Reform angenommen wird, so macht er den Vorschlag: „Führt man eine Scheidungsmöglichkeit auch ohne Verschulden ein, so kommt in Betracht, ob nicht eine gewisse Trennungszeit vorgesehen werden soll, um die Ernsthaftigkeit des Trennungswillens zu prüfen, und übereilten Ehescheidungen vorzubeugen. Hierfür kommt in Frage, zu verlangen, daß die Ehegatten mindestens 2—3 Jahre getrennt verlebt haben und ob vielleicht außerdem noch der Nachweis gebracht werden muß, daß ein oder zwei gerichtliche Sühneversuche erfolglos geblieben sind . . ." Gegen diese Forderung wird nichts einzuwenden sein, nur muß darauf hingewiesen werden, daß sie nur da leicht durchzuführen ist, wo die Frau finanziell unabhängig ist. Viele Frauen haben ihren Beruf aufgegeben, mußten ihn aufgeben, wenn sie heirateten, z. B. Beamtinnen, Lehrerinnen usw. Es ist heute schwerer als je für eine Frau, berufstätig zu sein. Ihr Vermögen steckt vielleicht in der Ausstattung, oder im Geschäft des Mannes. So wird bei einer Reform der Ehescheidung gerade die Lösung der finanziellen Seite der Frage eine wichtige Rolle spielen müssen.

Daß Ehen zerrüttet sein können, ohne Verschulden eines der beiden Gatten, darüber sollte man sich bei der Schaffung von Ehescheidungsreformen klar sein. Wann werden wir begreifen, daß so vieles im Leben nicht Schuld, sondern Naturentwicklung ist? Weit wichtiger als das Bemühen, durch Zwang Unerreichbares herbeizuführen, alte Worte und Anschauungen durch Gewalt aufrecht zu erhalten, wird das Streben sein müssen, die Persönlichkeit zu stärken. Sie muß begreifen, daß sie die Verantwortung für ihre Taten zu tragen hat, daß äußere Verhältnisse erst in zweiter Linie kommen, und daß sie überwunden werden können, je stärker die Persönlichkeit ist. Je stärker ausgeprägt aber eine Persönlichkeit ist, um so größer muß ihre Achtung sein vor anders gearteten Persönlichkeiten, und in Zukunft wird auf dieser Achtung, weit mehr als auf Leidenschaft, die Erneuerung unserer traditionellen Ehebegriffe beruhen. Sie ist wichtiger als alle gesetzlichen Ehereformen.

Aus der Reichstagsfraktion.

Der „Vorwärts" von heute morgen schreibt über die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Die Fraktion nahm den Bericht des Abg. Hermann Müller über die Steuerverhandlungen entgegen. Müller stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß die angesichts der schweren von den Massen zu tragenden Lasten die in den Regierungsvorlagen vorgesehene Besitzsteuer als durchaus unzureichend erscheine. In bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage möglich sein werde, zu einem für die Sozialdemokratie voll befriedigenden Ausgleich zu gelangen, äußerte sich Genosse Müller skeptisch. Er wies auch auf die Gefahr hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform stürzen könnte, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer inneren und besonders auch unserer äußeren Lage bedeuten würde.

Neue drei Milliarden.

Wolff berichtet: Durch einen Beschluß des Botschafterrats war die deutsche Regierung verpflichtet worden, die Kosten der Unterbringung der interalliierten Ueberwachungskommission in Deutschland zu tragen und außerdem gewisse Zulagen zu den Gehältern zu zahlen, während die Gehälter und Löhnungen der Kommissionsmitglieder bisher von deren Regierungen bezahlt wurden. Der „Voss. Ztg." zufolge wurde nun dieser Tage eine weitere Entscheidung des Botschafterrats getroffen, die auch noch die Tragung der Kosten für die Gehälter der Kommissionsmitglieder Deutschland auferlegt, und zwar rückwirkend für die gesamte Zeit der Tätigkeit der Mitglieder. Nach dem augenblicklichen Stand unserer Valuta würde dies für etwa 1200 Kommissionsmitglieder eine runde Summe von drei Milliarden Papiermark ausmachen.

Die am 18. d. M. fällige Rate von 31 Millionen Goldmark ist richtig bezahlt worden.

Die Kriegsbeschuldigten-Frage.

Aus Paris wird gemeldet: Der Abgeordnete Bonnet wird den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Resolution interpellieren, die der interalliierte Ausschuß zur Begutachtung der Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozesse dem Obersten Rat unterbreitet hat.

Die gesamte englische Presse, mit Ausnahme der „Times", erklärt sich gegen die Auslieferung der Kriegsbeschuldigten. Man erwartet nicht, daß der Oberste Rat dem Gutachten der Kommission stattgeben wird. „Für England war die Sache erledigt", schreibt „Daily Chronicle", da gegen die Leipziger Urteile kein offizieller Widerspruch erhoben wurde."

Genua.

„Daily Mail" meldet, der Plan zur Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungszahlungen, der auf der Konferenz in Genua einen hervorragenden Platz einnehmen wird, werden in der Art der Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gehalten sein, worin England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung streichen würde, daß Frankreich Deutschland die gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, wünscht die Sowjetregierung bei der Wirtschaftskonferenz in Genua u. a. folgende Fragen zur Beratung zu stellen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte, Regelung der ostsibirischen Frage, wirtschaftlicher Aufbau Rußlands, Regelung der Beziehungen zum Auslande und Erörterung der Valutafrage und der Nationalitätenfragen. Die Räteregierung hat eine besondere Kommission unter Tschitscherins Leitung ernannt, die diese Fragen im einzelnen ausarbeiten soll. Als Vertreter der Räteregierung auf der Konferenz in Genua sind Tschitscherin und Lunatscharski ausersehen.

Um Wilna.

Aus Wilna wird berichtet: Der Völkerbundsrat ist zu dem Beschluß gekommen, die von den Polen inszenierten Wahlen nicht anzuerkennen. Um die Rechte der Bevölkerung zu schützen, beschloß der Rat, unter Voraussetzung des Einverständnisses Polens und Litauens, die Entsendung eines Vertreters. Die beiden Staaten sollen sich innerhalb von zehn Tagen zu diesem Vorschlag äußern.

Englands Indien-Politik.

Aus Delhi wird gemeldet, daß bei den letzten indischen Moplah-Aufständen in Südindien 2250 der Moplah-Sekte angehörende Aufrührer getötet und 5725 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Vom Zentrumsparteitag.

In der Schlußsitzung nahm der Reichsparteitag der Zentrumspartei drei Entschließungen an, die sich auf Oberschlesien, das Saargebiet und das besetzte Rheinland bezogen. Die Annahme erfolgte auf Antrag des Reichsministers a. D. Dr. Beil en bloc. In seinem Schlußwort stellte Präsident Dr. Porsch fest, daß die Partei geschlossen hinter der Politik des Reichskanzlers stehe.

Einer von vielen.

Aus Leipzig wird uns berichtet: Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des früheren Reichskanzlers Bauer ist vom Landgericht Stade am 1. Juli d. J. der Schriftleiter der „Tostedter Zeitung", Paul Baum in Tostedt, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Strafantrag war von den beiden Herren gestellt worden wegen dreier Artikel, die im vorigen Jahre in der „Tostedter Zeitung" erschienen und vom Angeklagten verfaßt worden sind. Der erste Artikel erschien am 18. Januar 1921 unter der Ueberschrift: „Gasmasken heraus!" Es ist darin die Rede von der „Roten Räuberrepublik", welcher gewisse Dünste entsteigen, von Judenwirtschaft, Judengenossen usw. „Ueber allem", so heißt es dann weiter, „thront hoch und erhaben Fritz Ebert." Dann folgt eine Charakteristik des Reichspräsidenten, die sich hauptsächlich auf seine äußere Erscheinung bezieht und die Absicht persönlicher Herabsetzung deutlich erkennen läßt. In einem zweiten, am 16. Februar unter der Ueberschrift „Man munkelt" erschienenen Artikel wird gesagt, jemand, der gute Beziehungen zu gewissen Kreisen habe, habe erzählt, daß der Reichspräsident sich für mehrere Millionen Mark ein Gut gekauft habe, während seine armen Verwandten auf Unterstützung angewiesen seien, um nicht zu verhungern. In dem dritten Artikel, der am 22. März erschienen ist, wird dann wieder in unschöner und absichtlich verletzender Weise die Persönlichkeit des Reichspräsidenten kritisiert und ihm sowie dem früheren Reichskanzler Bauer der Vorwurf gemacht, daß sie zur Zeit der Zwangswirtschaft der Lebensmittel Schleichhandel getrieben hätten, um sich hinreichend mit Fleisch zu versorgen usw. Das Gericht hat in allen drei Artikeln das Vorhandensein einer Beleidigung erblickt. Teilweise handelt es sich um reine Beschimpfungen im Sinne des § 185, teilweise um üble Nachrede gemäß § 186.

Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die jetzt das Reichsgericht beschäftigte. Er suchte nachzuweisen, daß der Schutz des § 193 ihm zu Unrecht versagt worden sei, denn er habe nur öffentliche Mißstände aufdecken wollen. Im einzelnen wandte er sich dann noch gegen die Beweiswürdigung und meinte u. a., das Wort „Parteibubiker" enthalte durchaus nichts Entehrendes. Das Reichsgericht hielt das Urteil nach jeder Richtung hin für einwandfrei und verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet.

Die deutsche Ernte im Jahre 1921.

Wie die P. P. N. von unterrichteter Seite erfahren, beläuft sich Deutschlands Getreideernte im Jahre 1921 an Roggen und Weizen auf 9 939 647 Tonnen, an Gerste auf 1 938 995 Tonnen, zusammen 11 878 642 Tonnen. Davon sollen durch das Umlageverfahren 2 500 000 Tonnen ersetzt werden, was ein Fünftel aus-

Landesbibliothek Oldenburg

macht; eingegangen sind allerdings bisher aus dem Umlageverfahren erst 800 000 Tonnen, gleich 72 Prozent. Die deutsche Erzeugung an Hafer betrug im Jahre 1921 5 004 983 Tonnen, an Kartoffeln 26 151 380 Tonnen.

Zur politischen Lage.

In den kommenden Tagen wird die Steuerreform durch den **Reichstag** fällig. Vorläufig wird zwischen Regierung und Parteien noch eifrig verhandelt, ohne daß bisher ein Resultat in Aussicht stände. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst zeichnet die augenblickliche Lage in einem Artikel, dem wir den folgenden Absatz entnehmen:

Die Lage stellt sich gegenwärtig folgendermaßen dar: Das Zentrum ist bereit, die Steuerreform, wie sie vom Reichsfinanzminister Hermes vertreten wird, zu akzeptieren, es scheint aber auch bereit, in bezug auf die Besteuerung des Besitzes um etwas — fragt sich nur wieviel? — über die Regierungsvorlage hinauszugehen. Die Sozialdemokratie ist bereit, die indirekten Steuern zu bewilligen, unter der Bedingung, daß in bezug auf die Besitzsteuern erheblich über die Regierungsvorlagen hinausgegangen wird. Von den Unabhängigen müßte man nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß sie beabsichtigen, die indirekten Steuern abzulehnen, ohne Rücksicht darauf, wie die Besitzsteuern ausfallen und welche Folgen sich daraus für die Steuerreform als Ganzes, für die Entwicklung der auswärtigen Politik und für den Bestand der gegenwärtigen Reichsregierung ergeben.

Die Sozialdemokratie wünscht das Zustandekommen der Steuerreform, sie glaubt aber die Verantwortung für ihre Beteiligung an diesem Werke nur dann übernehmen zu können, wenn der Besitz in ausreichender Weise zu den Reichslasten mit herangezogen wird. Das Gewicht, das sie bei der Entscheidung in die Wagschale werfen könnte, wäre erheblich größer, wenn eine Gewähr dafür bestünde, daß die Unabhängigen bis zum Schluß in Reih und Glied mit ihr marschieren würden. Dieses In-Reih-und-Glied-Marschieren besteht aber nur soweit, als es sich darum handelt, den Besitz stärker heranzuziehen, es hört auf, oder es wird zum mindesten zweifelhaft, wo es sich darum handelt, die bitteren Konsequenzen des Ganzen zu ziehen und die indirekten Steuern zu bewilligen. Dadurch wird die Position der Sozialdemokraten bei den Verhandlungen um die Steuerreform geschwächt, so gern es auch im übrigen gesehen wird, daß unsere Partei bei ihrer Forderung nach einer erhöhten Besitzbesteuerung bei den Unabhängigen eine Stütze findet.

Was wird, wenn eine Verständigung nicht zustande kommt, wenn die Besitzbesteuerung den Sozialdemokraten unzulänglich erscheint und sie deshalb den indirekten Steuern ihre Zustimmung verweigern? Dann bleiben nur noch die zwei Möglichkeiten eines Regierungswechsels oder einer Auflösung des Reichstages. Der Regierungswechsel würde aber nach den vorangegangenen Ereignissen einen entschiedenen Ruck nach rechts bedeuten. Wir hätten dann in Deutschland eine ähnliche Erscheinung, wie in Frankreich und neue auswärtige Verwicklungen wären die höchstwahrscheinliche Folge.

Würden wir aber in einem neuen Wahlkampf um die Gestaltung unserer Steuern ringen, so müßten inzwischen doch die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Entente über den Reformplan fortgesetzt werden und ehe die Entscheidung durch die Wähler erfolgt wäre, hätten wir vielleicht schon Bindungen auf dem Hals, welche diese Entscheidung ganz illusorisch machten.

Man sieht, es ist keine leichte Situation, in der wir uns befinden. Die sozialdemokratische Partei wird bei ihren Entscheidungen diese Situation im Auge behalten müssen, und ihren Kritikern von rechts und von links sei geraten, das Gleiche zu tun.

Ungerechte Lastenverteilung.

Für die Veranlagung der Reichseinkommensteuer wird bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten jede Mark versteuert, indem der volle verdiente Lohn oder das volle Gehalt, abgesehen von den gesetzlich zulässigen Abzügen, durch den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuer herangezogen wird. Bei den selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden wird als Einkommen ein Betrag vom Jahresumsatz in Höhe von 10—15 Prozent berechnet. Der Handwerker und Gewerbetreibende ist durch diese Art der Einkommenfeststellung gegenüber dem Lohn- und Gehaltsempfänger im Vorteil. Noch viel größer sind aber die Einkommens- und Steuervorteile, die der Landwirt genießt, und zwar um so mehr, je größer die von ihm bewirtschaftete Fläche ist. Wie wir erfahren, hat der Kreiswirtschaftsverband Lauban in Niederschlesien im Einvernehmen mit dem Finanzamt Lauban unter Leitung des Regierungsrates v. Windeck, Einkommensätze pro Morgen Grund und Boden aufgestellt, gestaffelt nach der Morgenzahl der Wirtschaften und Landgüter. Es soll auf Grund dieser Aufstellung berechnet werden von

Wirtschaften bis	20	Morgen	375 — 450	Mk. Eink. pro Morgen
„ „	50	„	300 — 375	„ „ „ „
„ „	100	„	225 — 300	„ „ „ „
„ „	200	„	150 — 225	„ „ „ „
„ „	400	„	100 — 150	„ „ „ „
„ „	1000	„	und mehr 50 — 100 Mk.	

So schätzen die Agrarier den Ertrag ihres Landes ein, wenn es gilt, Steuern zu zahlen. Der kleine Wirtschaftsbesitzer kann bluten, jeden Morgen Land seiner Scholle soll er mit 375—450 Mk. Einkommen angerechnet bekommen und versteuern, während der Großagrarier mit 1000 und mehr Morgen Land nur 50—100 Mk. Einkommen aus jedem Morgen Land versteuern soll. Der Großagrarier dichtet sich also einen $4\frac{1}{2}$ — $7\frac{1}{2}$ mal niedrigeren Ertrag an, als er für den kleinen Landwirt berechnet wird. Beim Siedelungsgesetz war es anders, da wurde von den Großagrariern statistisch nachzuweisen versucht, daß nur die Großlandwirtschaft ertragsfähig wirtschaftet. Durch diese Begründung sollte möglichst verhindert werden, Land an den Kleinbesitz abzugeben. Durch die Kritik eines Parteigenossen in einer Kreissteuerausschuß-Sitzung für den Steuerbezirk Seidenberg, Kreis Lauban, wurde erreicht, daß sich die Mehrheit entschied, für ein Einkommen bei Wirtschaften mit 200 Morgen und mehr auf 150 Mk. pro Morgen in Zone 1 und auf 130 Mark pro Morgen in Zone 3 zu bemessen. Damit wurde die große Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Landwirten wenigstens etwas beseitigt.

Die kleinen und mittleren Landwirte können aus den vorstehenden Tatsachen ersehen, wie der Großgrundbesitz um sie „besorgt" ist und versteht, sich von den steuerlichen Lasten zu drücken und sie auf die kleinen Wirtschaftsbesitzer abzuwälzen.

Karneval in Niederschönenfeld?

Wolff berichtet: Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages, der sich abermals mit Niederschönenfeld beschäftigte, erklärte der Vertreter des Justizministeriums gegenüber der von der USPD. durch ihren Abg. Rosenfeld im Reichstag aufgestellten Behauptung, Toller befinde sich im letzten Schwindsuchtsstadium, daß Toller im Gegenteil an Herz und Lunge völlig gesund sei. Der Referent bemerkte, nach neueren Nachrichten scheine Niederschönenfeld eher das fidele Gefängnis aus der „Fledermaus" zu sein; es habe dort ein dreitägiges Karnevalsvergnügen stattgefunden, bei dem die Gefangenen maskiert erschienen. Im Ausschuß des Landtages wurde ferner mitgeteilt, daß die Gefangenen sich vor Weihnachten täglich für 400 bis 500 Mark Wein und Zigaretten haben holen lassen. Die Gefangenen haben zu Weihnachten 23 Zentner an Weihnachtspaketen erhalten. In der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr fand ein sogenannter Lumpenball statt, der so lange dauern sollte, „bis niemand mehr könne". Vier Tage gingen die Gefangenen maskiert in der Festung herum, darunter Ernst Toller als Eselkönig.

Wie weit an diesem Bericht Uebertreibungen mitspielen, dürfte sich bald herausstellen. Ein bißchen Gehässigkeit wird zweifellos im Spiele sein.

Die Angestelltenwahlen.

Vom Afa-Bund wird den B. P. N. geschrieben: Bisher liegen aus 67 Orten Meldungen über die Wahlresultate zur Angestelltenversicherung vor. Demnach haben erhalten:

Afa-Bund	50 590	Stimmen
Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband	22 909	„
Vereinigte Frauenberufsverbände	13 084	„
Gewerkschaftsbund der Angestellten	31 751	„
Verschiedene Verbände	7 512	„

Die Vertrauensmänner verteilen sich in diesen 67 Orten auf die einzelnen Listen wie folgt:

Afa-Bund	96	Vertrauensleute	213	Ersatzleute
D. H. V.	54	„	89	„
Frauenverbände	7	„	31	„
G. d. A.	60	„	121	„
Verschied. Verbände	30	„	59	„

Aus einer Fürsorgeanstalt.

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Gotha berichtet: In der letzten Landtagssitzung machte die Regierung aufsehenerregende Mitteilungen über die Zustände, die durch unvermutete staatliche Revisionen in der Fürsorgeanstalt des Bürgerlichen Vereins in Gotha aufgedeckt worden sind. Die Anstalt ist mit etwa 300 Zöglingen besetzt und steht unter der verantwortlichen Leitung des Oberhofpredigers Scholz aus Gotha. Bei der Besichtigung machte die Anstalt durchweg einen schmutzigen Eindruck. Die Schlafräume waren im schmutzigsten Zustande und seit langer Zeit nicht gelüftet. Auf den zum Teil verfaulten und nicht überzogenen Strohsäcken muß eine Anzahl Zöglinge nackend schlafen. In einem Krankenzimmer befanden sich bei der Besichtigung bis an den Rand mit menschlichen Exkrementen gefüllte Eimer, deren Inhalt sich teilweise ins Zimmer ergossen hatte. In diesem mit bestialischem Gestank erfüllten Zimmer lagen zwei krätzekranke junge Leute in eine einfache, wollene Kriegsdecke gehüllt, auf unglaublich schmutzigen und nicht überzogenen Matratzen, von denen die eine halb durchgebrochen war. Es ist unverständlich, warum diese beiden Zöglinge abgesondert wurden, da die gesamte Belegschaft krätzekrank war. Die Gefangenenabteilung umfaßt zehn Einzelzellen, die ebenfalls schmutzig und ungelüftet waren. Ein inhaftierter Zögling wurde während der Haft nur früh und abends mit trockenem Brot und Wasser ernährt. Während der Besichtigung wurde er hinter dem Rücken der Kommission freigelassen, offenbar in der Absicht, ein Zusammentreffen mit ihm zu vermeiden. In der Zelle befanden sich wieder mit menschlichen Exkrementen gefüllte Gefäße. Die Kleidung der Zöglinge war durchweg zerlumpt. Als Hosenträger dienten Bindfaden, die durch Löcher gezogen wurden. Nur einer der Zöglinge besaß ein Stück Seife und eine Haarbürste. Der Kulturstand der Zöglinge wird charakterisiert durch den ausschließlichen Gebrauch der sogenannten „Kundensprache". Die weitere Aussprache über diese Zustände ist auf einige Tage vertagt worden, da die bürgerlichen Abgeordneten zum größten Teil abgereist waren.

Politische Rundschau.

Zugverspätungen durch den polnischen Korridor. Eine kleine Anfrage im Landtag wird vom preußischen Handelsminister folgendermaßen beantwortet: Ich habe aus der Anfrage Anlaß genommen, wegen der Verspätungen der Eisenbahnzüge bei der Durchfahrt durch den polnischen Korridor und wegen ihrer Beseitigung mit dem Reichsverkehrsministerium in Verbindung zu treten. Soweit mir bekannt ist, werden die Züge durch den Korridor mit polnischem Personal und polnischen Betriebsmitteln gefahren. Sollten die Ursachen für die Verspätungen bei dem polnischen Personal oder in der Mangelhaftigkeit der polnischen Betriebsmittel liegen, so werde ich das Reichsverkehrsministerium ersuchen, bei der polnischen Regierung auf Abhilfe drängen zu lassen.

Das deutsch-dänische Abkommen. Gestern fand im dänischen Ministerium des Aeußeren der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-dänischen Abkommens über die Ueberleitung der Rechtspflege in dem nordschleswigschen Abtretungsgebiet zwischen dem deutschen Geschäftsträger und dem dänischen Außenminister statt.

Freie Hand für die Kohlenausfuhr. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Reparationskommission Deutschland zugestanden, in den Monaten Februar, März und April Kohlen frei zu exportieren unter der Bedingung, daß Deutschland die im Reparationsabkommen festgesetzten Kohlenlieferungen an die Entente vollständig durchführt.

Konferenz der Ministerpräsidenten. Am morgigen Freitag vormittag beginnt in der Reichskanzlei die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers tagende Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Die Konferenz wird etwa zwei Tage dauern. Sie wird wahrscheinlich mit einer Rede Dr. Wirths über die wichtigsten außen- und innenpolitischen Fragen eingeleitet werden.

Ludendorff. Im gestrigen „Wilhelmshavener Tageblatt" wettert irgendein Rechtsbolschewist gegen den vor 14 Tagen durch uns gebrachten Scheidemann-Artikel „Die wahren Helden". An dem Artikel war sachlich nichts auszusetzen, also redet der Ludendorffschwärmer eine gute halbe Spalte lang um die Sache herum. Schließlich muß er die Tatsache zugeben, daß der Abgott aller Blutsäufer sich im kritischen Augenblick nach Schweden rettete, weil, wie der Schreiber sagt, sein eigenes Leben und dasjenige derer, die den General aufgenommen hätten, in Gefahr war. Na also! Im übrigen: Zurück, du rettest den Freund nicht mehr!

Politische Notizen. Der Abbau des Reichswanderungsamtes ist eingeleitet worden. Eine Denkschrift über die noch zu erledigenden Aufgaben dieses Amtes wird dem Reichstage Ende Januar zugehen. — Das Hausgehilfengesetz soll, nach einer Korrespondenz, im Frühjahre dem Reichstage zugehen. — Wie das „B. T." hört, ist der bisherige Gesandte in Georgien, Ulrich Rauscher, für den Posten des deutschen Gesandten in Athen ausersehen. — Der Arbeitsausschuß für die „Ueberseewoche Hamburg" beschloß, die Veranstaltung endgültig vom 17. bis 27. August abzuhalten. — Aus Washington wird berichtet, daß bereits eine europäische Nation die Vereinigten Staaten davon in Kenntnis setzte, daß sie nicht in der Lage sei, die im April fälligen Zinszahlungen für die Schuldverpflichtungen aus dem Kriege zu bezahlen. — Nach einer Meldung beansprucht Italien eines der früheren deutschen Kabel, die heute unter französischer Kontrolle stehen.

Parteinachrichten.

Es geht vorwärts. Die Parteiorganisation im städtischen Freistaat Lübeck kann zu Beginn des Jahres auf eine günstige Entwickelung zurückblicken. Sie tritt mit einem Mitgliederbestand von 12 000 Genossen in das neue Jahr ein. Die Verdoppelung der Beiträge, die vor einiger Zeit beschlossen wurde, hat der Bewegung nicht einmal den Verlust von 10 Mitgliedern gebracht. Die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre, in der Genosse Löb.-Berlin über die augenblickliche Lage sprach, war von mehr als 2000 Genossen besucht und zeigte, daß der alte Geist des Zusammenhaltens unerschüttert blieb. Das ist um so erfreulicher, als die unabhängige Partei auf ein Häuflein von wenigen Leuten zusammengeschmolzen ist, und das kommunistische Organ, die „Hamburger Volkszeitung" in der Stadt Lübeck nur noch in etwa 150 Exemplaren gelesen wird.

Gewerkschaftliches.

Generalstreik in Weimar. In Weimar ist die gesamte Arbeiterschaft auf Beschluß des Gewerkschaftskartells zur Sympathie der seit einigen Tagen im Lohnstreik befindlichen Transportarbeiter in den Generalstreik eingetreten. Die Straßenbahnen stehen still. Die Elektrizitätsversorgung ist eingestellt worden. Gas- und Wasserwerke sind ebenfalls ausgesetzt. Zurzeit sind Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftskartell und der Stadtverwaltung wegen Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe im Gange. Der Bürgerbund hat, ohne diese Verhandlungen abzuwarten, den Bürgerstreik erklärt. Die Aerzte und Apotheker haben sich dem Bürgerstreik jedoch nur bedingt angeschlossen.

Aus dem Lande.

Weener. Beschädigung der Emsbrücke. Schon wieder ist das Leitwerk der Emsbrücke durch einen Schleppzug beschädigt worden. Der Schaden ist ein beträchtlicher. Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Durchfahrt für Schleppzüge recht schwierig ist. Hierin wird aber erst ein Neubau der Brücke Wandel schaffen.

Vermischtes.

Storms Sorgenkind. Der große norddeutsche Novellist, dessen Erzählung wir gegenwärtig drucken, der menschlichem Leid so tief ins Herz geschaut und die Nachtseiten des Lebens ergreifend gestaltet hat, erfuhr in seinem eigenen Dasein Herbes und Tragisches. Seine große Sorge war sein ältester, der Trunksucht ergebener Sohn. In einem der alten Briefe, die jetzt in „Westermanns Monatsheften" veröffentlicht werden, spricht er offen davon: „Nun ist noch einer da: mein Sorgenkind Hans. Lucie und Elsabe haben ihn im Frühjahre vorigen Jahres verlassen, den Unglücklichen, der allein die unheilvolle Erbschaft aus seines Großvaters Familie trägt, von der sein Großvater allein unter seinen Brüdern völlig frei war; aber es ging nicht mehr. Jetzt liegt er in seinem Würth a. M. in Bayern seit zehn Tagen schwach und elend darnieder, wie wohl nicht bezweifelt werden kann, infolge seines Lebens. Ich habe mich schon seit Jahren zur Ruhe begeben und der Hoffnung in betreff seiner entsagt. Und doch, durch alles hindurch, sehe ich immer die guten und liebenswürdigen Seiten seines Wesens. Wird nichts mehr sein, wo die zur Geltung kommen? Und wird er so im Dunkeln uns auf immer entschwinden? — Der Rest ist Schweigen." Am 23. Mai 1887 erzählt er von dem Tod des Sorgenkindes, an dessen Begräbnis nur sein zweiter tüchtiger Sohn Ernst teilnahm: „Hans, mein armer Sohn, starb am 5. Dezember im Städtischen Krankenhaus zu Aschaffenburg an der Schwindsucht. Ich lag schwer krank. Ernst war im Oktober von Toftlund zu mir gekommen; da schickte ich ihn zu seinem todkranken Bruder in Würth am Main, wo Hans Arzt war; acht Tage blieb er bei ihm und brachte ihn im benachbarten Aschaffenburg in dem trefflichen Krankenhause unter, wo er gern gewesen und wo unter der Hoffnung nach seiner Genesung ins Elternhaus oder zu seinem Bruder Ernst zu kommen, der Tod ihn sanft und schmerzlos in sein stilles Haus genommen hat. Dann reiste Ernst wieder hin und begrub ihn auf dem Kirchhof zu Aschaffenburg. „Vater," sagte er, als er wieder an mein Bett trat, „deinen genialen Sohn haben wir begraben."

Schattenseiten des übermäßigen Kochsalzgenusses. Leute, die zuviel Kochsalz verzehren, haben eine gedunsene, unreine und mißfarbene Haut, sind häufig durch Ausschläge, Flechten usw. belästigt, auch wirken höhere Kochsalzgaben schädigend auf die Nieren und störend auf den Eiweißstoffwechsel ein. Eine verhängnisvolle Kreiswirkung: Viel Fleisch in der Nahrung verführt zu starkem Kochsalzmißbrauch, und der dadurch erzeugte Durst zum Alkoholmißbrauch, und um die Folgezustände der Alkoholvergiftung, den „Kater", zu bekämpfen, greift man wieder zu stark gesalzenen Speisen. Kann man den Trinker zu einer starken Beschränkung des Kochsalzes bringen, hat man einen wichtigen Schritt auch zur Entwöhnung vom Alkohol getan. Das Kochsalz kann im Organismus als solches durch andere verwandte Stoffe ersetzt werden, die schon in der Nahrung vorhanden sind. Der tägliche Kochsalzverbrauch eines Erwachsenen sollte durchschnittlich nie 7 Gramm überschreiten. Bei gewissen Erkrankungen (Nierenerkrankungen, Erkrankungen des Gefäßsystems und der Haut) dürfen die Speisen überhaupt nicht gesalzen werden. Eine kochsalzfreie Kost ist jedenfalls vollständig unschädlich, eine zu kochsalzreiche bildet dagegen stets eine Gefahr für die Gesundheit.

Was ist Politik? Diese Frage beantwortet Ludo Hartmann wie folgt: Politik ist die Umsetzung historischer Tendenzen in rechtliche Formen, denn nichts kann auf dem Gebiete des Staatslebens zur Organisation gelangen, was nicht durch die geschichtliche Entwicklung vorbereitet ist, und alles, was in der Richtung der historischen Entwicklung liegt, drängt nach rechtlicher Organisation im Staate. Die Aufgabe des Politikers also ist es, die Form für den Inhalt der Geschichte zu finden und dasjenige als Recht festzustellen, was schon vorher als kommendes Recht empfunden wurde. Das Mittel aber, dessen sich der Politiker bedienen muß, um das, was in der Zeiten Schoße ruht, zu geltendem Rechte umzugestalten, ist immer und überall die Organisation, d. h. die Aufklärung der politisch denkenden Menschen und ihre Zusammensetzung zu dauerndem gemeinsamen Handeln im Sinne des angestrebten und vorgezeichneten Zweckes. In der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle kann es sich dabei nur um die Organisation politischer Parteien handeln, da die widerstrebenden Ansichten der einander bekämpfenden Klassen auf die meisten politischen Fragen verschiedene Antworten geben, je nachdem, von welcher Seite aus sie betrachtet werden.

Januar.

Kalt und hart und klar
Funkelt der frostige Januar.
Wer in der warmen Stube sitzt
Und am Ofen lungert und schwitzt,
Kann ihn nicht nach Gebühr erfassen.
Aber wer draußen auf den Gassen
Hand anlegt in Wetter und Wind,
Der ist ihm selten wohlgesinnt!
Dünne Kleider und frostblaue Hände
Sind keine gute Winterspende!
Wenn dann noch der Hunger sein Knurren nicht läßt,
Verflattert des Frohsinns letzter Rest
Und man wünscht sich bessere Tage,
Als noch den Frost zur Elendsplage!
Freundlich gesinnt ist der Proletar
Jedenfalls nicht dem Januar!

Landesbibliothek Oldenburg

Soziales.

Aus der Berliner Metallindustrie. Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie am Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung am 17. Januar 1922 folgenden Spruch abgegeben: „Der Schlichtungsausschuß sieht in Anbetracht der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse von einem Schiedsspruch ab und beschränkt sich auf folgenden Vorschlag an die Parteien:

1. Die Lohnsätze des Tarifvertrages gelten als zum 31. 1. 22 gekündigt.
2. **Den Arbeitgebern wird empfohlen, allen Arbeitern und Arbeiterinnen für den Monat Januar 1922 eine Zulage auf Stundenlöhne gewähren, da ein Fortschreiten der Teuerung in gewissem Umfange auch im Januar 1922 gegenüber Dezember 1921 nicht zu verkennen ist.**
3. **Ueber die Höhe dieser unter 2 anempfohlenen Zulage und über eine den etwas weiter fortgeschrittenen Teuerungsverhältnissen entsprechende weitere Zulage für die nach dem 1. Februar 1922 liegende Zeit treten die Vertragsparteien innerhalb einer Woche erneut, zunächst unter sich, in Verhandlungen."**

Das Ergebnis der 3. Internationalen Arbeitskonferenz. Die dritte Konferenz dieser Institution, die vom 25. Oktober bis 19. November 1921 in Genf tagte, hatte eine außergewöhnliche umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Das Ergebnis ihrer Arbeiten zeigt nachfolgende gedrängte Uebersicht: Vertragsentwürfe, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von den Regierungen aller angeschlossenen 53 Länder spätestens innerhalb 18 Monaten den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden müssen, wurden beschlossen, betreffend: 1. Zulassungsalter zu den Arbeiten der Schiffsheizer und Trümmer; 2. Aerztliche Untersuchung der in der Schiffahrt tätigen Kinder und Jugendlichen; 3. Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe; 4. Koalitionsrecht in der Landwirtschaft; 5. Arbeitsunfälle in der Landwirtschaft; 6. Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft; 7. Wöchentlicher Ruhetag in der Industrie. Ferner wurden besondere „Empfehlungen" beschlossen, betreffend: 1. Fortbildungsunterricht, 2. Arbeitslosigkeit, 3. Sozialversicherung, 4. Nachtarbeit der Kinder, 5 Nachtarbeit der Frauen, 6. Mutterschutz, 7. Unterkunfts- und Wohnräume in der Landwirtschaft, 8. Wöchentlicher Ruhetag im Handelsgewerbe. Sonstige wichtige Beschlüsse der Konferenz betreffen: 1. Die Zuständigkeit des Internationalen Arbeitsamtes für landwirtschaftliche Fragen; 2. Eintragung der Frage der Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft auf die Tagesordnung einer späteren Konferenz; 3. Untersuchungen über die Gefahren des Milzbrandes; 4. Nachtarbeit der Kinder in den zerstörten Gebieten; 5 Rohstoffverteilung; 6. Arbeitslosigkeit; 7. Wöchentlicher Ruhetag von 36 Stunden.

Oldenburg und Ostfriesland.

Bekämpfung der Damenbedienung.

Das Staatsministerium hat zur Bekämpfung der Damenbedienung in Wirtschaften scharfe Bestimmungen erlassen, in denen es u. a. heißt:

Die Beschäftigung weiblicher Angestellter unter 18 Jahren ist verboten; im Alter von 18 bis 21 Jahren ist sie nur mit besonderer Genehmigung der Ortspolizeibehörde zulässig. Unter Sittenkontrolle stehende Personen dürfen in Gast- oder Schankwirtschaften nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung weiblicher Angestellter ist zu untersagen, wenn sie die Interessen der Gesundheit oder der Aufrechterhaltung der guten Sitten, der Ordnung oder des Anstandes gefährdet. Insbesondere muß sie untersagt werden, 1. wenn die Person des Wirtschaftsinhabers keine hinreichende Gewähr für einen genügenden Schutz der sittlichen oder gesundheitlichen Interessen der weiblichen Angestellten bietet, 2. wenn die Räume der Gast- und Schankwirtschaften für eine sittliche oder gesundheitlich ungefährdete Beschäftigung nicht geeignet sind, 3. wenn Umstände vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Beschäftigung weiblicher Angestellter hauptsächlich erfolgen soll, um Gäste anzulocken und durch Animierbetrieb den Umsatz zu vermehren. Die Untersagung erfolgt durch die Ortspolizeibehörde. Gegen die Untersagung findet das Verwaltungsstreitverfahren statt. — Es hat keine aufschiebende Wirkung.

In den Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung darf der Betrieb nicht vor 7 Uhr vormittags beginnen. Einer weiblichen Angestellten, die gesundheitlich nicht einwandfrei erscheint oder gegen die Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß sie bei Ausübung ihres Berufes die guten Sitten oder den Anstand verletzt, kann die Ortspolizeibehörde die Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft untersagen. Die Polizeibehörde ist ferner berechtigt, die Beibringung eines vom Amtsarzt auszustellenden Gesundheitszeugnisses zu verlangen. Die Beschäftigung weiblicher Angestellter ist nur gegen festen und ausreichenden Barlohn zulässig. Tariflöhne gelten als ausreichend. Auf die Löhne dürfen nur die Kosten der Wohnung und Verpflegung angemessen angerechnet werden. Verboten ist jede Beteiligung am Gewinn oder Umsatz, sowie jeder Abzug für Bruchgeld, Zeitungen, Entlohnung anderer Angestellten (Pikkolo, Putzfrauen und dergleichen) und jede Vereinbarung, daß Trinkgeld bezogen werden soll. Verboten ist auch jede Abmachung des Wirtschaftsinhabers mit den weiblichen Angestellten über den von ihm zu erzielenden Umsatz, insbesondere, daß ein gewisser Mindestumsatz herbeizuführen ist, und bei Nichtinnehaltung dem Wirtschaftsinhaber das Recht zur sofortigen Kündigung zusteht. Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, ihren weiblichen Angestellten in demselben Gebäude, in dem die Wirtschaft betrieben wird, angemessene Wohnung und Schlafstelle zu gewähren. Die weiblichen Angestellten dürfen nur in den ihnen von dem Wirte angewiesenen Zimmern wohnen. Die Schlafräume müssen sich in einem den allgemeinen sittlichen und gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Zustand befinden; insbesondere dürfen sie nicht unmittelbar neben den, den Gästen zugänglichen Räumen belegen sein. Die Ortspolizeibehörden können Ausnahmen zulassen, auch in einzelnen besonderen Fällen das Wohnen bei dem Wirte verbieten. Mit dem Eintritt der Polizeistunde haben die weiblichen Angestellten die Wirtschaftsräume zu verlassen. — Sie dürfen vor 7 Uhr morgens sie nicht wieder betreten. — Die Angestellten haben in den Wirtschaften anständige und durchaus unauffällige Kleider zu tragen. Es ist ihnen verboten: 1. durch auffälliges und ungeziemendes Wesen Gäste anzulocken, 2. von den Gästen für sich oder andere Speisen oder Getränke zu erbitten und anzunehmen oder die Gäste zum Trinken anzureizen, 3. sich mit den Gästen zusammenzusetzen oder zusammen mit ihnen am Gasttisch Platz zu nehmen.

In den Gast- und Schankwirtschaften sind alle Einrichtungen verboten, durch welche Räume oder Plätze versteckt, verhüllt oder in irgend einer Weise dem freien Ein- und Ueberblick entzogen werden. Abgesonderte Zimmer, die nicht dem allgemeinen Verkehr offenstehen, sind unzulässig. Die Räume müssen von der Straße unmittelbar oder leicht zugänglich sein. Falls die Zugänge zu den Schankräumen durch Doppeltüren (Windfang) gebildet werden, muß die innere Tür mit großen, durchsichtigen Glasfenstern versehen sein. Sie darf nicht mit Vorhängen verkleidet werden. Mehrere Räume müssen offene Verbindung miteinander haben.

Wirtschaften der in § 1 bezeichneten Art dürfen nach außen hin als solche nicht kenntlich sein, insbesondere ist das Anbringen von farbigen Laternen vor den Wirtschaften untersagt. Die nach der Straße führenden Türen und Fenster müssen stets so verhängt sein, daß ein Einblick in die Wirtschaftsräume von der Straße aus ausgeschlossen ist. Es ist verboten, für die genannten Gast- oder Schankwirtschaften Reklame irgend welcher Art unter offenem oder verstecktem Hinweis darauf, daß weibliche Angestellte gehalten werden, zu machen. Die Wirte sind verpflichtet, während des Wirtschaftsbetriebes jederzeit anwesend zu sein oder für ihre Vertretung durch ihre Ehefrau oder volljährige nahe Angehörige oder einen Stellvertreter Sorge zu tragen.

Auf Wirtschaften, in denen die Bedienung der Gäste lediglich durch die Ehefrau oder die Töchter des Wirts oder seines behördlich bestimmten Stellvertreters oder durch eine selbst im Besitz der Schankerlaubnis befindliche Person besorgt wird, findet diese Verordnung im allgemeinen keine Anwendung. Es können jedoch aus sittenpolizeilichen Gründen auch solche Wirtschaften von den Ortspolizeibehörden den Vorschriften dieser Verordnung ganz oder teilweise unterstellt werden.

In einzelnen Fällen, besonders bei mehr ländlichen Wirtschaften, können die Ortspolizeibehörden von der Befolgung aller oder bestimmter Vorschriften dieser Ministerialbekanntmachung entbinden.

Die Aufsicht über die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung ist, soweit möglich, unter Mitwirkung von Frauen auszuüben. Verbotswidrige Beschäftigung von weiblichen Angestellten und andere Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bestraft.

Aus aller Welt.

Die „Liebesgaben-Kasse". Am Montag begann vor der Strafkammer Hannover die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Ernst Schröder und 25 Genossen wegen Bestechung und Untreue. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Haars, die Anklage vertritt Staatsanwalt Döring. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen hat, soweit Bestechung vorliegt, den Strafantrag gestellt und ist als Nebenkläger zugelassen. Im Frühjahr 1919 errichtete das Reichsschatzministerium (Reichsverwertungsamt) die Landesautostelle in Hannover und wies ihr die Aufgabe zu, die in den Demobilmachungslagern Hannover, Magdeburg, Braunschweig, Bremen und Hamburg aufgesammelten Heeres-Kraftwagen zu verwerten. Die Fahrzeuge waren teils in gutem Zustand, so daß für Autohändler und Reparaturanstalten gewinnbringende Geschäfte winkten. Die Anklage richtet sich gegen 9 frühere Angestellte der Landesautostelle und 16 Kaufleute aus der Automobilbranche. Bisher wurden die Angestellten vernommen. Der Leiter der Landesautostelle war der Hauptmann a. D. Otto Duncker. Er will durch den Innendienst überlastet gewesen sein, so daß er den Abschluß der Verkäufe dem Angeklagten Schröder, einem früheren Möbelhändler, habe überlassen müssen. Unter ihm waren teils kaufmännisch, teils technisch, als Schätzer, tätig die Angeklagten Richard Kentner (Lübeck), Franz Doussin (Hannover), Emil Fischer (Dortmund), Claus Greld (Altona), Karl Hohne (Kassel), Richard Beste (Braunschweig) und Arthur Seeger (Düsseldorf). Sämtliche Angeklagten bestreiten, gegen Bestechungsgelder absichtlich zum Schaden des Reiches Automobile verschleudert zu haben. Sie geben aber zu, von den Autokäufern teils direkt, teils durch den Angeklagten Schröder Geschenke angenommen zu haben. Die Autokäufer hätten aus Dankbarkeit für jedes zugewiesene Auto einen Betrag in eine „Liebesgabenkasse" für die Angestellten der Landesautostelle gezahlt, die von dem Angeklagten Schröder verwaltet worden sei. Die Angeklagten haben, soweit sie sich erinnern, zusammen etwa 200 000 Mark aus jener Kasse erhalten, sie wollen das Geld aber weiterverteilt oder im dienstlichen Interesse als Reisespesen wieder verausgabt haben. Es kommt zur Sprache, daß die Landesstelle während der Tätigkeit des Schröder 4000 Autos verkauft hat und daß der Fabrikbesitzer Otto Kühn in Halle a. S. allein 120 000 Mark in die „Liebesgabenkasse" bezahlt habe. — Der Gerichtsvorsitzende rechnet mit einer Verhandlungsdauer bis Freitag.

Eine Ehetragödie. Eine Eifersuchtstragödie mit tödlichem Ausgang spielte sich in Weißensee ab. Hier wohnt der Schlächter Wengler mit seiner 39 Jahre alten Frau Auguste und seinem 15jährigen Sohn. Der Mann war sehr eifersüchtig. Als seine Frau von einem Ausgange später zurückkehrte, als seiner Meinung nach notwendig gewesen wäre, packte ihn wieder seine Leidenschaft. Seine Vorwürfe führten zu einem heftigen Wortwechsel. Endlich packte Wengler seine Frau am Halse und warf sie rücklings auf das Bett. Als jetzt der Knabe der Mutter beisprang, nahm er diesen, schleppte ihn nach der Küche und schlug ihn dort. Das veranlaßte Frau Wengler, aufzuspringen, um ihrem Sohn zu Hilfe zu eilen. Da griff der Mann zum Messer und stieß es ihr mit voller Wucht in die Brust. Als er nun sah, was er angerichtet hatte, brachte Wengler die Schwerverletzte selbst sofort nach dem Krankenhause. Es war aber keine Rettung mehr möglich, weil das Messer die Lunge durchbohrt hatte. Die Frau starb schon zwei Stunden nach der Aufnahme. Wengler wurde verhaftet.

Ein tanzfeindliches Kultusministerium. Das Kultusministerium der Kemalistischen Regierung in Angora hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es sich scharf gegen das Tanzen der Türkinnen ausspricht. Desgleichen belegt es die neuerdings unter den jungen Damen von Konstantinopel eingerissene Sitte, sich an der Seite von Herren, die nicht dem Islam anhängen, in der Oeffentlichkeit zu zeigen, mit schwerer Verdammung. In der Bekanntmachung heißt es, die Nationalversammlung habe mit lebhaftem Bedauern von der Verbreitung solcher skandalöser Gewohnheiten unter den Türkinnen von Konstantinopel vernommen. Ein Sittenverfall solcher Art untergrabe das Lebensrecht eines Volkes. Glücklicherweise sei es mit diesen Unsitten noch nicht so weit gekommen, daß sie jedem in die Augen sprängen, und die türkischen Frauen der Hauptstadt hielten sich in ihrer Gesamtheit von den europäischen Gewohnheiten noch fern.

Nachrichten über Brasilien. Neuerdings weht gegen die deutschen Schulen in Brasilien ein ziemlich scharfer Wind. Sie haben bis jetzt schon in der Hauptsache als Privatschulen bestanden, durch die neuen und noch weiterhin geplanten Maßnahmen soll ihnen das Bestehen bedeutend erschwert werden. Ein Anschluß an das Kolonisationsunternehmen „Minerva" im Staate Paraná kann deutschen Auswanderern nicht empfohlen werden. Ebenso muß gewarnt werden vor Angeboten der Sao Paulo-Rio Grande-Bahngesellschaft im Staate Santa Catharina. Der Präsident dieses Staates beschuldigt die genannte Gesellschaft, daß sie aus gewinnsüchtigen Absichten Einwanderer von guten und rentablen Siedlungsländereien ab- und nach ihren eigenen weitentlegenen Ländereien hinlenkt. Etwaige hierher gelangende Gerüchte, daß der Staat Mato Grosso 4000 Familien freie Ueberfahrt gewähren wolle, sind unbegründet. Es liegt bis jetzt kein derartiges Projekt vor. Freifahrten nach Brasilien, auch soweit andere Bundesstaaten in Frage kommen, werden bis auf weiteres nicht gewährt. Eine Auswanderung nach dem Staate Bahia kann aus klimatischen Gründen nicht empfohlen werden. Etwas günstiger sind die Verhältnisse in Pernambuco, wo auch Mechaniker, Dreher und Tischler einige Aussicht auf Anstellung haben. Allerdings ist Sprachkenntnis sehr erwünscht und vorteilhaft. Im Staate Espirito Santo sollen mehrere Hundert deutsche Landarbeiterfamilien angesiedelt werden, und zwar unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen. Es muß aber immer wieder betont werden, daß mittellose Auswanderer auch in Brasilien nichts anfangen können, und es gibt sogar einsichtsvolle Bodenspekulanten, die jedem Deutschen raten, wenn er irgend zu Hause bleiben kann, nicht nach Brasilien zu kommen. Wer sein Glück drüben dennoch versuchen will, muß wenigstens, neben den Kosten für Ueberfahrt, über 25—30 000 Mark verfügen.

Volksbücher vom Bauen.

Uns wird geschrieben: Es wächst die Notwendigkeit wie die Neigung bei breiten Massen, sich abseits der Städte, sei es in gartenstadtähnlicher Bauweise oder als Einzelsiedler, neues Heim und neue Lebensweise in der Freizeit aufzurichten. Zur Förderung dieser Bewegung erscheint im Konrad Hanf Verlag D. W. B., Hamburg 8, Gröningerstr. 30, ein Buch „Haus und Garten des Minderbemittelten."*) Das Buch ist ein wirklich guter Ratgeber des kleinen Mannes in einer Unmenge von Hausbau-, Wohnung- und Garteneinrichtungsfragen. Nicht daß wir jede Darlegung in diesem Werke einfach unterschreiben. Im Gegenteil, die Ausführungen, es sei gesunde, von früher überkommene Regel, ein Viertel des Einkommens für die Wohnung aufzuwenden und es sei dies für die Folge gewissermaßen als Pflichtleistung anzustreben, erregen unsere lebhaften Bedenken. Wir möchten sagen: Das behauptete Verhältnis von Einkommen und Wohnungsaufwand der Massen hat in solchem Umfange, daß es als Regel bezeichnet werden kann, weder bestanden, noch erscheint es uns für die Jetztzeit brauchbar. Der Schreiber dieser Zeilen hatte von Mitte der neunziger Jahre an als Aftermieter in einem Industriedorf sieben Jahre lang eine den landläufigen Wohnungsansprüchen der Arbeiter entsprechende Wohnung inne zum jährlichen Mietpreis von 130 Mk. Er zog dann in eine Stadt von 100 000 Einwohnern und bezahlte dort für eine gute Arbeiterwohnung 200 Mk. Sie stieg bis 1914 auf 240 Mark. Diese Preise, 130, 150 bis höchstens 200 Mk. in den Industriedörfern, in den kleinen und größeren Mittelstädten wenig darüber hinausgehend, in den rein ländlichen Dörfern jedoch entschieden darunterbleibend, waren die landläufigen Preise im Distrikt weit und breit. Daß sie ein Viertel oder auch nur ein Fünftel des landläufigen Einkommens ausgemacht hätten, davon kann gar keine Rede sein. Gewiß stand die Miete zu derselben Zeit in manchen Großstädten bis zum Doppelten, aber Tatsache ist, daß für ganz große Massen eine Regel, etwa ein Viertel des Einkommens für die Wohnung aufzuwenden, bisher nicht gegolten hat. Gegenwärtig gar würde ein solcher Regelzustand bedeuten, daß vom Arbeitereinkommen, sagen wir von 30 000 Mark, 7500 Mark für Wohnung abgingen. Diesen Zustand herbeigeführt, und es würden Lohnkämpfe entfesselt von nie gekannten Umfängen. Denn vom übrigbleibenden Einkommen ließe sich schlechterdings in ungezählten Fällen nicht leben. Wenn es in unserm Buch heißt, die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Vergnügen und dergleichen ließen sich einschränken, hier könne man sparen, sich behelfen oder gar verzichten — wir hätten im Kriege gelernt, für Dinge, welche unser Geldbeutel nicht erreichen konnte, Ersatz zu nehmen, und hätten uns Jahr um Jahr mit Sparen, Ausbessern und Ersatz behelfen können — so geben wir zu bedenken: gerade der Krieg mit seiner gesundheitlichen Zerrüttung, die für Ungezählte zum Weg zum Friedhof wurde, hat gezeigt, daß man nicht ungestraft sich dauernd oder auch nur jahrelang mit anormalem Sparen, Verzicht und Ersatz in der übrigen Lebensführung behelfen kann. So gesehen erregt die Propagierung des Grundsatzes: Ein Viertel des Jahreseinkommens gehöre der Wohnung, unsere großen Bedenken. Uns scheint, zu der notwendigen Hebung des Wohnungswesens müsse man andere Mittel stärker in den Vordergrund drängen.

Ebenfalls können wir — aus unserer Arbeitererfahrung heraus — die verallgemeinenderen Darlegungen nicht gelten lassen, daß die Arbeiterfamilie so wenig wie eine größere gesündere Wohnung auch einen Sparpfennig für die Zeiten der Not erstrebe, so daß, wenn die Not komme, einfach nichts mehr da sei und der Staat helfen müsse. Schreiber dieser Zeilen fand in seinem Bereich in den weitaus meisten Fällen unter der Arbeiterschaft alle Fähigkeiten zur Häuslichkeit wie auch das redliche Streben, etwas zu ersparen. Aber trotzdem sind immer wieder Zeiten der Not gekommen. Die Betroffenen haben dann gedarbt, bis es wieder anders wurde. Aber kein Staat und kein Gott hat geholfen. Dem vermeintlichen völlig mangelnden Spartrieb der Massen widerspricht übrigens auch die immer wieder gehörte Behauptung von den steigenden Sparkassenguthaben der Massen.

Solchen hier angezogenen, sehr nebenbei nur, aber gleichsam zur Begründung der Sache gemachten Argumentationen des Buches vermögen wir nicht beizupflichten. Sie sind unserer Ueberzeugung nach abwegig, viel zu verallgemeinernd, sind zur Begründung der guten Sache auch durchaus nicht notwendig und ständen nach unserem Dafürhalten besser gar nicht in dem Buch. Diese „gute Sache" aber sehen wir wieder nicht so, als sei der Kleinhausbesitzer nun emporgehoben „aus dem Stande und der Gesinnung des (besitzlosen) Proletariats zur Stellung des Staatsbürgers". Auch als Kleinhausbesitzer ist der Arbeiter Proletar. Manchem Arbeiter in ländlich-industriellen Verhältnissen erwies sich sogar der Besitz des kleinen Häuschens als stete Fessel, die ihn vom Uebergang in bessere Arbeitsverhältnisse abhielt, in die er ohne die Bindung an sein Haus durch Uebersiedlung in andere Orte hineingelangt sein würde. Diese Wirkung zeigt sich am Kleinhausbesitzer der Großstadt infolge der hier viel zahlreicher gebotenen Arbeitsgelegenheiten wohl nur in seltenen Fällen; aber immerhin erscheint es uns als zu überschwängliche Zielsetzung, das Eigentum am kleinen Haus könne den kleinen Mann herausheben aus der Stellung und Gesinnung des Proletariats.

Indem wir diese Ausstellungen an geringen Einzelheiten hier voransetzen, geschieht es nicht, um von unserm Buche abzuschrecken; im Gegenteil, es geschieht, um auch denjenigen, die sich an den kritisierten Sätzen stoßen, das sonst in jeder Beziehung erwünschte und nützliche Buch zu empfehlen. Das, was an ihm das Eigentliche ist, das Viele an sachlichen Belehrungen und an Anregungen, ist durchaus gut, jedermann verständlich, außerordentlich reichhaltig und fast überall überzeugend. Allerdings wenn es als Begründung für die wenigstens fast jedem Neuling und Nichtfachmann unangenehm auffallende Kleinheit und Niedrigkeit der Räume im modernen Kleinhause u. a. auch auf neuere wissenschaftliche Untersuchungen hinweist, wonach die Luft in den Zimmern nur bis zu mäßiger Höhe mitverbraucht werde, und der Raum oberhalb der Türen und Fenster in dieser Beziehung ganz wertlos sei, so klingt uns das nicht gar überzeugend. Es wurde uns seit dem Kriege zu vieles wissenschaftlich bewiesen! Man frage einen kranken oder asthmatischen Menschen über den Unterschied zwischen einem großen oder kleinen, einem hohen oder niedrigen Zimmer, und er wird ihn einem schon sagen.

Ebenso wird die praktischerweise entstehende Notwendigkeit der Anschaffung neuer kleinerer Möbel nicht gerade extra für kleine Räume einnehmen können. Indessen: Die Tendenz zu kleinen, niedrigen Räumen im modernen Kleinhausbau ist da, und man muß sich mit den dafür geltend gemachten Gründen auseinandersetzen. Diese Gründe, wie das praktisch Wissensnotwendige über alle möglichen Kleinbau- und Siedlungsfragen, sind in unserm Buche reichlich dargetan. In wirklich wertvoller Weise findet der Leser Aufklärung über alle möglichen Baufragen, wie über das Lesen eines Bauplanes und erhält auch klare Ratschläge über Größe, Anlage, Bepflanzung und Bewirtschaftung eines Hausgartens. Und alles ohne die sonst häufig übliche schönfärberische Anpreisung. Hier wird die unklare, gefühlsmäßige und gefährliche Urteilsweise bekämpft, mit dem viele dem Siedlungswesen gegenüberstehen. Es wird eine einfach sachliche Darlegung und Abwägung der Vorteile und der „Beschränktheiten des Wohnens im Siedlungshause gegenüber dem Wohnen in der städtischen Mietskaserne gegeben. Das Buch ist ein gutes, nützliches Werk. Schon das „Hamburger Echo" schrieb darüber: „Die Anschaffung ist jedem zu empfehlen, der selbst die Möglichkeit zur Erwerbung eines Eigenheimes vor Augen sieht oder als Mitglied von Baugenossenschaften, Behörden oder Ausschüssen Einfluß auf unsere Bau- und Bodenpolitik nehmen kann." Auch von uns seien alle diese Kreise auf das Werk hingewiesen.

*) **Volksbücher vom Bauen.** Herausgegeben von Baurat a. D. Dr.-Ing. Hugo Koch, Arch. B. D. A. und D. W. B. Erster Band: „Haus und Garten des Minderbemittelten" mit Beiträgen von Dr.-Ing. H. Koch, Reg.-Baumeister K. Reger und Garteninspektor Goppelt. 70 Abbildungen, Preis brosch. 15 Mk.

Landesbibliothek Oldenburg

Vermischtes.

Tragödie des Alltags. Sie war Zeit ihres Lebens ordentlich, fleißig und sparsam gewesen. Von ihrer Hände Arbeit hatte sie gelebt — kümmerlich, wenig beneidenswert. Wo sich ihr eine Arbeit bot, hatte sie zugegriffen, ganz gleich um was es sich handelte. Sie hatte gewaschen und geplättet, Kleider ausgebessert, Wohnungen gereinigt, Kinder gewartet, Botengänge besorgt. Und immer hatte sie von dem wenigen, was ihr die Leute für ihre Dienste gaben, noch eine Kleinigkeit zurückgelegt. Für die alten Tage, sagte sie. Und das hatte ihrem harten und schweren Leben eine gewisse Ruhe gegeben. Ein Vergnügen, wie es sich andere dann und wann machten, kannte sie nicht. Ihr genügte an einem freien Sonntagnachmittag ein Spaziergang hinaus in die Felder vor den Toren der Stadt. Natürlich nur zur Sommerszeit. Im Winter hockte sie am warmen Kachelofen auf dem braunüberzogenen großen Lehnstuhl und träumte vor sich hin. Träumte von ihren sorgenfreien alten Tagen, die ihr bei ihrer Bedürfnislosigkeit ruhig und still dahinfließen sollten. . . .

Aber die Zeit hatte es anders gemeint — anders mit ihr und mit gar vielen, die ähnlich dachten wie sie und ein ärmliches Leben verbracht hatten. Wohl waren ihre alten Tage gekommen. Aber die Sparpfennige, die sie sich abgedarbt und abgehungert hatte, waren wertlos geworden. Kaum den zwanzigsten Teil desjenigen werteten sie von ehedem. Unter ihren krummen gichtigen Zitterfingern zerrann und zerschmolz der kleine Schatz zusehends. Und von Tag zu Tag wurde alles teurer! Die Alte wußte sich keinen Rat mehr. Die Tränen, die ihr zuerst unaufhaltsam geflossen waren, waren längst versiegt. Andere mit ihrer Not zu belästigen, ging ihr nicht in den Sinn. Zur Arbeit konnte sie keiner mehr gebrauchen, hatte auch kaum einer mehr Mittel überflüssig. Da war noch der Gashahn, den sie öffnen konnte, wenn sie sich abends zur Ruhe legte. Und so fanden sie sie denn auch eines Morgens tot in dem gasgefüllten Zimmer — eine von den vielen, die heutzutage auf die gleiche oder ähnliche Art aus dem Leben scheiden.

Die Straße der Krüppel. Die Straße bildete die Hauptverkehrsader der Stadt. Die elegantesten Kutschen und Automobile rollten auf ihrem asphaltierten Fahrdamm. Die lockendsten Schaufenster ließen ihren Zauber wirken. Ein dunkler dichter Menschenstrom flutete vom werdenden Morgen bis zum sinkenden Abend fast ununterbrochen vor diesen Schaufenstern entlang. Aber zwischen diesen Schaufenstern, hart an die Hausmauern herangedrückt, kauerten die Krüppel. Der längst verrauchte Krieg gab seine Schaustellung: die Blinden, die Armlosen, die Beinlosen, die Rückgratverletzten, die Zitterer, die Stummgewordenen. Die einen musizierten, andere sangen, dritte priesen ihre kleinen Waren — Zündhölzer, Schnürsenkel an. Die meisten aber machten sich gar nicht bemerkbar; sie saßen nur da und wirkten durch ihre verstümmelte Anwesenheit. Sie hatten alle nur noch wenig von etwas Lebendem. Wie mit wachsgelber Haut überspannte Gerippe sahen sie aus. Ihre Augen hatten etwas Starres, wie Phosphor Glimmendes. Ihre dürren Finger, soweit sie noch solche hatten, wirkten wie Krallen. Teilnahmslosigkeit dem sie umrauschenden Leben gegenüber strömten diese Elendsfiguren aus. Und eine große, nie zu lindernde Trostlosigkeit umhauchte sie in ihrem fröstelnden Häuserschatten. Diese Menschenruinen waren die Gabe, die der Krieg den ihm nachfolgenden Jahrzehnten zum Andenken überlassen hatte. Ein Teil des lebendigen Fluches war es, der die ganze Furchtbarkeit der Gegenwart umgitterte. Aber die Schaufenster lachten und lockten darum doch. Die eleganten Wagen federten und surrten über den blanken Asphalt. Und nur dann und wann blieb einer der Lustwandelnden stehen, kramte in seiner Tasche und warf dem hilflos an der Hauswand Kauernden ein eisernes Geldstück in die ihm zur Seite liegende Mütze, ohne groß auf den leisen Dank zu hören, der ihm heiser nachhallte. . . .

Was unsere Großväter noch nicht hatten. Beim Beginn eines neuen Jahres richtet sich der Blick unwillkürlich rückwärts, und wir fragen, wie wohl vor 100 Jahren unsere Großväter gelebt haben. So gern sich nun auch manche nach der „guten alten Zeit" zurücksehnen, so dürfte es ihnen doch, wenn ihre Sehnsucht erfüllt würde, wie dem Justizrat in Andersens „Galoschen des Glücks" gehen, der durch die Zauberkraft dieser Galoschen in die von ihm so hochgepriesene Zeit des „guten Königs Hans" zurückversetzt wurde und die entsetzlichsten Erfahrungen dabei machte.

Vor hundert Jahren gab es Teuerung und Elend als Nachwirkung der napoleonischen Kriege wie heutzutage, und sehr viele Dinge, die uns heute das Leben erleichtern und verschönen, waren noch ganz unbekannt. Sehen wir von den großen Fortschritten wie Eisenbahn, Telegraph, Telephon usw. ab, so bleiben noch eine große Anzahl kleinerer Annehmlichkeiten und Errungenschaften übrig, ohne die wir uns heute unser Leben kaum noch denken können. Goethe hat einmal gesagt, er würde den als einen Wohltäter der Menschheit preisen, der das ewige langweilige Putzen der Lichter unnötig machen würde. Der gedrehte Docht, der die Benutzung der Lichtputzschere aufhob, ist zwar noch zu seiner Zeit in Anwendung gekommen, denn er wurde im Jahre 1825 erfunden, aber Goethe hat selbst nicht mehr viel von dieser Neuerung gehabt. Auch damals war man noch auf Talg- und Wachslichter angewiesen, die recht unregelmäßig brannten, und die moderne Paraffinkerze ist nicht älter als 70 Jahre, aber heute auch schon durch Gas und elektrisches Licht zu einer anmutigen Kuriosität geworden. Die stählerne Schreibfeder wird heute bereits von der Schreibmaschine bedroht, die so viel bequemer ist als das Schreiben mit der Hand. Aber der Gebrauch der Stahlfeder ist auch noch nicht 100 Jahre alt, obwohl sie bereits 1803 erfunden wurde. Goethe hat sein ganzes Leben lang noch mit dem Gänsekiel geschrieben, und Heine hat ihn noch vor 90 Jahren besungen. Erst nach 1830 bürgerten sich die Stahlfedern mehr ein, als praktische und billigere Fabrikate in den Handel kamen. Und nicht anders ist es mit der Tinte. Wir machen uns heute keinen Begriff davon, wie schwierig und voller Aerger das Schreiben mit den Tinten war, die vor 100 Jahren benutzt wurden. Diese Tinte glich mehr einer schwarzen Farbe und war äußerst schwierig zu handhaben, kleckste und wischte beständig. Ein englischer Kulturhistoriker hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß die erste wirklich brauchbare Tinte 1834 von einem Londoner Arzt hergestellt wurde. In demselben Jahre begannen die Streichhölzer ihren Siegeszug durch die Welt; doch waren diese ersten Schwefelhölzer ein qualvolles Werkzeug, das entsetzlich schlecht roch und sich sehr schwer entzünden ließ. Trotzdem wurde die Erfindung mit Jubel begrüßt, weil sie dem viel umständlicheren Anzünden mit Feuerstein und Feuerschwamm ein Ende bereitete. Noch sehr viel jünger als die Streichhölzer ist ein für unser alltägliches Leben nicht minder geläufiger Gegenstand, die Briefmarke, denn erst im Jahre 1853 erfand Archer eine Maschine zum Perforieren der Blätter, von denen dann die einzelnen Briefmarken abgerissen wurden.

Strzelewicz kommt am 26. und 27. Januar!

Die **Versteuerung** der im Kalenderjahre 1921 in Wilhelmshaven in Geltung gewesenen **schriftlichen und mündlichen Pacht- und Mietverträge** nach dem preußischen Stempelsteuergesetz durch Aufstellung des vorgeschriebenen Verzeichnisses und Einzahlung des Stempelbetrages hat im Monat Januar 1922 im Finanzamt, Wallstraße 42, Zimmer Nr. 11, zu erfolgen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch die Verträge über die **Vermietung möblierter Zimmer** der Versteuerung unterliegen.

Vordrucke für die Verzeichnisse können vom Finanzamt (Zimmer 11) unentgeltlich bezogen werden. [9277

Ebenfalls ist im Monat Januar 1922 für die an öffentlichen Orten und in Wirtschaften aufgestellten Automaten und Musikwerke die nach dem preußischen Stempelsteuergesetz vorgeschriebene Jahreskarte gegen Zahlung des Abgabenbetrages im Finanzamt, Zimmer 11, zu lösen.

Bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Abgabenpflicht für die Pacht- und Mietverträge sowie für die Automaten und Musikwerke tritt Strafverfolgung gemäß § 17 des preußischen Stempelsteuergesetzes ein.

Wilhelmshaven, den 19. Januar 1922.

Finanzamt Rüstringen-Wilhelmshaven.

Von heute ab werden folgende Kohlenkarten-Abschnitte mit **Hausbrandkohle** und **Eiform-Briketts** beliefert: 9273

Nr. 13 und 14 der 35-Ztr.-, Nr. 10 und 11 der 20-Ztr.-, Nr. 7 u. 8 der 12-Ztr.-Haushaltkarte

Nr. 8 und 9 der 20-Ztr.-, Nr. 9 der 10-Ztr.-Kleingewerbekarte. **Ortskohlenst. Rüstringen.**

Bürger-Liedertafel

Unser diesjähriger 9276

Masken-Ball

findet statt am **28. Januar 1922** im

Gesellschaftshaus

Bekanntmachung.

Der Lotsenverein „Irmingard", eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Wilhelmshaven, ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden. [9252

Wilhelmshaven, den 16. Jan. 1922.

Die Liquidatoren des Lotsenvereins „Irmingard" e. G. m. b. H. in Liquidation.

Empfehle solange Vorrat reicht:

Prima **Schweinefleisch Pfund 20 Mk.**, sowie prima **Rind-, Kalb- und Hammelfleisch.**

Wilh. Ahrens

Bismarckstraße 67.

Hühnerfutter
Mais
Hafer
Gerste
Voki
Nagut [9259

Henning Filialen.

Gel. Futterwurzeln
Frankr. Runkelrüben
Erbsenfutterstroh
Hafer- u. Roggenstroh
Pr. Masch.-Preßtorf
Trock. schw. Stichtorf
Eiform-Briketts
auf Rüstr. Kohlenkart.
Koks (markenfrei)
Trock. Brennholz
ofenlang geschnitten und 1 m lange Kloben
Mais, Maismehl
Hafer, Kleie,
Futtermehle
liefert prompt ab Lager und frei Haus

Folkert Wilken

Brunnenstraße 3
Telephon 634.
Verkauf bis 6 Uhr abds.

Gesucht zu Ostern d. J. je ein [9263

Lehrling

für mein kaufmännisches und technisches Bureau.

Selbstgeschriebene Angebote sind zu richten an

Franz Kuhlmann

Rüstringen
Bismarckstraße 185.

Prima junges

Roßfleisch

empfiehlt

Herm. Burmeister,
Adolfstr. 27. Tel. 1332.

Gute Singernähmaschine und ein Sofa zu verkaufen. [9265
Varel, Lilienburgstr. 20.

Unser Inventur-Ausverkauf

in

Haushalt-Artikeln

Beginn Freitag 8.30 Uhr.

Neben unseren Sortimenten in sämtlichen Wirtschafts-Artikeln, die wir trotz täglichen Preiserhöhungen sehr billig verkaufen, bringen wir eine Anzahl ausrangierter Artikel fabelhaft preiswert zum Verkauf.

Wir bieten u. a. an:

Stieltöpfe, Emaille, grau, 20 cm Mk.				16.50
22 cm Mk				18.50
Milcheimer, Emaille, gr. m. Deck.			29.50	34.50
Essenträger, Emaille, grau, sehr groß				14.50
Puddingformen, Weißblech		14.50	19.50	22.50
Kartoffelquetscher				7.85
Kartoffelreibmaschinen	25.—	35.—	45.—	48.—
Gaskocher, einflammig				75.—
Leibwärmer			4.25	5.85
Spirituskocher Stück				5.50
Vogelbauer		6.85	16.50	26.50
Drahtlampeln Stück				4.85
Bierseidel mit Henkel		3.25	3.50	4.50
Wasserkaraffen mit Glas				11.50
Reiseflaschen Stück				0.95
Einmachtöpfe 6½ Liter 6.—, 12 Liter				12.—
20 Liter				15.—
Blumenkübel, versch. Dekore		19.50	22.50	24.—
Steinguttassen weiß 1.—, bunt				1.75
Porzellantassen weiß Stück				4.50
Porzellantassen weiß, Ausschuß, St.				1.50
Eßteller weiß Porzell., massiv, Stück				7.50
Dessertteller, weiß Porz., massiv, St.				5.50

Holz-Wäschelöffel			2.—	4.—
Toilettehalter			2.65	2.95
Schlüsselhalter			3.—	4.50
Badethermometer			2.25	2.45
Stubenthermometer			4.50	6.50
Butterstecher		0.95	1.25	1.95
Bierabstreicher Stück				0.75
Fußbänke			6.85	7.85
Holzvorrichtungen für Gardinen				4.—
Bohnenbretter		2.—	3.—	4.—
Holzsiebe	5.50	7.50	11.50	14.50
Paneelborten, braun		8.75	14.50	23.50
Holztische, braun		16.50	25.—	38.50
Handtuchhalter, braun				5.75
Holzhorden für Aepfel			5.65	6.85
Holzlöffel, versch. Größen				1.75
Möbelklopfer mit Wachstuch				2.95
Salzbeutel, la Leinen, Stück				3.—
Marktnetze	5.25	6.85	7.85	9.—

Ein Posten Nippes

4.50 7.50 9.50 Mk.

Aluminium, la schwere Qualität, um vollständig damit zu räumen, staunend billig!

Kochtöpfe, bauchig	28.—	36.—	46.—	52.—
Kochtöpfe, gerade mit Deckel	62.—	68.—	78.—	98.—
Stieltöpfe	19.50	24.—	32.—	45.—
Milchtöpfe, mit u. ohne Guß	6.85	9.50	16.50	24.—
Kasserollen, flach ohne Guß	12.—	18.—	24.—	32.—
Pfannen	16.50	22.50	35.00	42.—
Durchläge		16.50	32.50	35.—
Milchtöpfe mit Deckel	32.—	37.50	45.—	56.00
Aluminium-Eßlöffel	1.75	2.—	2.25	2.95
Aluminium-Teelöffel	0.95	1.35	1.65	2.25
Aluminium-Gabeln			1.50	2.25
Aluminium-Kinderlöffel				1.50

Haushalt-Kerzen, la Qualität, Paket (enthaltend 6 und 8 Stück) 8.50 12.50

Auf unsere im Parterre ausgelegten Inventur-Artikel machen wir nochmals aufmerksam.

J. Margoniner & Co.

Marktstraße 28. Gökerstraße 33.

Kräftiger, ehrlicher

Laufbursche

gesucht.
Waren-Umt.-Geschäft
Rechholen z. verk. Hafenlat., Stube 82, Fraricht.

Prima Lederausschnitt

Schuhmacher-Bedarfsartikel, Gummi-Absätze und Sohlen in großer Auswahl 3587

Erich Gustav Meyer

[illegible]handlun Gökerstraße 65.

Neue eleg. Herren-Lackhalbsch., Gr. 41, zu verk. Preis 375 Mk. [9236 Bremer Str. 23, III l.

Gebr. Möbel

kauft und verkauft stets
Möbelgesch.Gerichtstr.3

Arion Konzert im Parkhaus **Orpheus-Quartett.**

am Sonnabend d. 21., abds. 8 U.

Vorverkauf bei Niemeyer, Gökerstrasse und an der Abendkasse.

Das grosse Ereignis für Wilhelmshaven!

Die grösste Seeschlacht der Welt, wie sie wirklich war!

4 Uhr! Ab Freitag! 4 Uhr!

Nur Apollo-Lichtspiele

Bezirksamt für Volkshochschulen Varel

Die Lehrgänge über **„Chemie des täglichen Lebens"** und über **„Bismarck und sein Lebenswerk"** werden um 14 Tage verschoben. Sie beginnen am 30. Januar und 2. Februar. — Anmeldungen noch bis zum 28. Januar beim **Gewerkschaftskartell** und in den Buchhandlungen von **Acquistapace** und **Bültmann & Gerriets Nachf.** [9261

Verein d. Schleswig-Holsteiner

„Up ewig ungedeelt"

Am Sünnabend, den 21. Jan., Punkt Klock 8 ward im Schützenhof uns

10. Gründungsfest

mit plattd. Theater, Vördrägen usw. fiert. Hierto sind alle Landslüd und alle landsmänn. Vereene hartlig inladen. Um recht gooden Besöck bittet: **De Vörstand.**

Futterfische billig.

Bakker, Hollmannstr. 45 Telephon 1379.

Futterfische zu verkauf. [9272] **Lüt. Heppens,** Deichstrich 3.

9260

Futtermittel
Maismehl
Gerstenmehl
Futtermehl
Kleimelasse

Henning Filialen.

Schwere oldenburger

Ferkel

zu verkaufen [9264
Albrecht, Bremer Str. 17.

Danksagung.

Für die erwies. Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres Verstorbenen sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. [9270

W. Nauverlat
nebst Angehörigen.

Frisur . . . 2.00
Kopfwäsche 5.00

G. Fuhrmann
Ecke Göker- u. Jadestraße

ADLER

Donnerstag und Freitag:

Die Ahnfrau

Sonnabend, Sonntag neu einstudiert

Alt-Heidelberg.

Karl-Heinz:
9262] Ch. Sylenck.
Neue Ausstattung!

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme b. Hinscheiden uns. lieben Entschlafenen sowie Hrn. Pastor Ibbeken für seine trostreichen Worte am Grabe hiermit unseren tiefgefühlten Dank.

H. de Werth und Frau Marie geb. Onnen
9257] nebst Angehörigen.

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 16
36. Jahrgang

Beilage.

Donnerstag,
den 19. Januar 19

Oldenburg und Ostfriesland.

Eine Berichtigung.

Unter Beziehung auf § 11 des Pressegesetzes ersucht das Stationskommando um Aufnahme folgender Berichtigung:

In Nr. 13 Ihres Blattes vom 16. Januar befindet sich unter der Ueberschrift: „Noch eine Flaggenparade" ein Artikel, der die Aufhängung der ehemaligen Kriegsflagge in der evangelischen Garnisonkirche vollkommen falsch darstellt.

1. Die von Ihnen besprochene kirchliche Feier am 15. d. M. entsprach einer Jahrhunderte alten soldatischen Sitte, im Kriege bewährte Feldzeichen und Flaggen zum Gedächtnis an die unter ihnen vollbrachten Taten und an die unter ihnen Gefallenen in der Kirche anzubringen.

Die Feier war vom Stationskommando angeordnet in erster Linie für die aktiven Soldaten; zur Teilnahme wurde die hiesige Vereinigung der Krieger- und Marinevereine eingeladen, die ihrerseits die Einladung an die einzelnen Vereine durch Bekanntmachungen in den Zeitungen weitergegeben hat. Die Darstellung, als ob die Feier vom „Verband nationalgesinnter Soldaten" ausgegangen sei, entspricht somit nicht den Tatsachen.

2. Die Feier war, wie selbstverständlich, keinerlei politische Tendenz, sondern war ausschließlich eine Gedächtnisfeier. Dementsprechend war auch Form und Inhalt der Ansprachen der Marinegeistlichen in und vor der Kirche. Der in Ihrem Bericht angeführte „flammende Protest" ist eine Entstellung der tatsächlichen Ausführungen des betreffenden Geistlichen. Laut Stenogramm hat er folgendes gesagt:

„Wir dürfen die gefallenen Kameraden und die Flagge nicht vergessen. Dieselbe Treue, die wir unseren Kameraden gezeigt haben, muß uns weiter beseelen. Ehrios ist, wer nicht diese Treue beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes anwendet. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Unsere ganze Kraft hat dem Wiederaufbau zu gehören."

Also kein Wort von „vorübergehendem Niederholen" oder gar „Aufbau unter der alten ruhmreichen Kriegsflagge".

3. Daß an der Feier entsprechend ihrem Zweck freiwillige Abordnungen der Truppenteile und Schiffe teilnahmen, ist selbstverständlich. Bei der unvorhergesehenen, überaus großen Beteiligung der Bevölkerung und der dadurch hervorgerufenen Ueberfüllung der Kirche konnten die Truppen nur zum kleinen Teil an der Feier in der Kirche teilnehmen; so wurde für sie eine kurze Feier vor der Kirche abgehalten.

4. In Ihrem Bericht ist hervorgehoben, daß die Mitglieder des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten" von ihren Offizieren geführt worden sind. Sollte damit gemeint sein: von aktiven Offizieren, so ist die Behauptung unwahr; aktive Militärpersonen gehören laut Verbot diesem Verbande nicht an.

5. Zu der im Eingang Ihres Berichts erwähnten „eigenartigen Flaggenparade" wird bemerkt:

Die vom Stationskommando angeordnete Untersuchung hat ergeben, daß die in dem Artikel enthaltene Unterstellung, durch die Art des Flaggenwechsels sei von den Offizieren eine „Verhöhnung der Republik" und eine „Mißachtung des Staates" beabsichtigt worden, durch die Tatsachen widerlegt ist.

Die Feier wurde des strömenden Regens wegen unterbrochen. Die neue Flagge wurde befehlsgemäß um 12 Uhr mittags mit dem gemäß „Dienst an Bord" vorgeschriebenen Zeremoniell gesetzt und nicht, wie der Artikel behauptet, „stillschweigend" ohne Erweisung der militärischen Ehrenbezeugungen.

Im Entwurf gezeichnet: Zenker.

Von seiten des Stationskommandos der Chef des Stabes.
Lützow.

Soweit die Berichtigung des Stationskommandos. Wir haben diese Berichtigung sehr gern gebracht, nur wollen wir uns erlauben, noch einiges dazu zu bemerken. Vorerst fällt uns da ein kleiner Widerspruch auf. Es heißt im Absatz 1: Die Feier war vom Stationskommando angeordnet in erster Linie für die aktiven Soldaten; zur Teilnahme wurde die hiesige Vereinigung der Kriegerund Marinevereine eingeladen .... Im 3. Absatz aber wird geschrieben: Daß an der Feier entsprechend ihrem Zweck freiwillige Abordnungen der Truppenteile und Schiffe teilnahmen, ist selbstverständlich. — Wenn das Stationskommando eine Feier anordnet, dann können u. E. an dieser, entsprechend dem Zweck, doch nur die eingeladenen Vereine, also in diesem Falle die Kriegervereine, teilnehmen und nicht umgekehrt die Soldaten an der Feier der Kriegervereine. Wir wollen hierbei gleich bemerken, daß nach den Berichten auch der hiesigen bürgerlichen Presse die Feier nur allgemein als eine der hiesigen Militärvereine angesehen wurde.

Ob es klug war, daß das Stationskommando durch Anordnung einer Feier in dieser Form, die, wie wohl auch von ihm hätte vorausgesehen werden können, zu einer Demonstration für die alte Reichsflagge ausschlagen mußte, die Anregung geben mußte, möchten wir bezweifeln. Das Stationskommando schreibt weiter: Die Feier hatte, wie selbstverständlich, keine politische Tendenz, sondern war ausschließlich eine Gedächtnisfeier. — Man wird besser sagen, sie sollte keine eine politische Tendenz zeigende Feier werden, denn, daß das Stationskommando keine tendenziöse Feier anordnen würde, darüber wird sich jeder klar sein. Aber die Dinge sind dem Stationskommando, wenn es die Feier angeordnet hat, einfach über den Kopf gewachsen und dem ganzen Eindruck nach erschienen die Soldaten nur als Statisten bei einer Feier, die einen, immerhin nur notdürftig verhüllten, monarchistischen Charakter zeigte. Oder will das Stationskommando etwa behaupten, daß die Teilnehmer alle Republikaner waren? Wenn wirklich welche darunter waren, so doch nur ein ganz geringer Bruchteil. An sich schätzen wir die kriegervereinliche Demonstrationen ja nicht allzuhoch ein. Es gibt eben viele Leute, die ohne diesen Klimbim nicht fertig werden können, obgleich sie sich eigentlich sagen müßten, daß es in der jetzigen Zeit nichts Ungeeigneteres geben kann, als das Erwecken des „Furor Teutonius". Wir sind deshalb der Ansicht, das Stationskommando sollte vermeiden, Truppen der Republik an derartigen Veranstaltungen teilnehmen zu lassen. Wir können auch diese Ansicht nicht ändern, nachdem wir die Berichtigung des Stationskommandos zur Kenntnis genommen haben. Hinsichtlich der Worte des Marinepfarrers Ronneberger steht der Aussage unseres Gewährsmannes ein Stenogramm gegenüber, das etwas weniger sagt. Wir mußten aber, soweit wir den temperamentvollen Herren kennen, annehmen, daß er so gesprochen, wie uns berichtet.

Nun noch einiges zu Absatz 5. Wir sind natürlich nicht so ungeschickt, den Offizieren eine beabsichtigte Verhöhnung der Republik und eine Mißachtung des Staates zu unterstellen, wie es vom Stationskommando hingestellt ist. Absichten, die nicht durch ganz klare Handlungen oder Worte zutage treten, lassen sich nicht so schnell beweisen. Wir hätten dann auch keine Berichtigung, sondern eine Anklage erhalten. Wir haben darauf hingewiesen, daß alles besser unterbleibt, was auch nur den Anschein einer solchen erwecken könnte. Das Stationskommando hat festgestellt, daß die Feier des Flaggenwechsels des strömenden Regens wegen unterbrochen wurde. Wir wollen dazu nur bemerken, daß der strömende Regen auch um 11.45 Uhr, dem Beginn der Feier, genau so war wie einige Minuten später. Wäre es da nicht zweckmäßiger gewesen, die Feier hätte des strömenden Regens wegen erst gar nicht angefangen? Daß ein Unterschied bei dem Flaggenwechsel vorhanden war, ist aus dem Schreiben des Stationskommandos zu ersehen. Auf den Eindruck, den dieser, ob beabsichtigt oder nicht, erwecken mußte, haben wir hingewiesen. An unserer Auffassung ändert auch die Berichtigung des Stationskommandos nichts.

Die unzulängliche Zugverbindung der Jadestädte.

Die Bahnverbindung der Jadestädte mit Oldenburg hat schon sehr oft Anlaß zu Klagen gegeben. Die Eisenbahndirektion hat diesen gegenüber aber noch immer taube Ohren gehabt. Wir haben vor längerer Zeit auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, daß alle diejenigen, die in Oldenburg des Morgens zu tun haben, selbst dann, wenn sie ihre Geschäfte nicht vor 10 oder 11 Uhr dort abwickeln können, den Frühzug benutzen müssen. Es sind mehrere Stunden, die sie dann nutzlos in Oldenburg zubringen müssen. Auch der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einer Eingabe an die Eisenbahndirektion Oldenburg um Abhilfe dieses Mangels gebeten. Auf dieses Schreiben hat dann die Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß, wenn der Zug von Wilhelmshaven so früh gelegt würde, daß er vor 10 Uhr in Oldenburg eintrifft, die Reisenden aus dem Jeverlande und Ostfriesland den Anschluß in Sande, und die Reisenden von der Strecke Rodenkirchen—Varel, den Anschluß in Varel verlieren würden.

Die Ablehnung dieses Wunsches weitester Kreise der Jadestädte ist denn doch eine zu große Rücksichtnahme auf die Bauern. Der größten Industriestadt des Landes wird der Verkehr mit der Hauptstadt des Landes zugunsten der landwirtschaftlichen Kreise in einer Weise beschränkt, die geradezu unverständlich ist. Um den Anschluß der Reisenden aus dem Jeverlande und Ostfriesland zu ermöglichen, gibt es u. E. doch noch den Ausweg, daß die Züge von dort her etwas früher gelegt werden. Wer den Verkehr auf der Bahn kennt, wird zugeben müssen, daß die Reisenden aus den Jadestädten die anderen doch wohl überwiegen und logischer Weise müßte nach dem stärkeren Verkehr auch eine entsprechende Verbindung hergestellt werden. Die Eisenbahndirektion scheint aber ganz entgegengesetzter Auffassung zu sein. Zurzeit ist ja die Verbindung durch die Verkehrseinschränkung noch unzureichender geworden. Wer z. B. eine halbe Stunde gegen Mittag in Oldenburg zu tun hat, muß des Morgens 6 Uhr fortfahren und trifft erst des Nachmittags 4 Uhr in Wilhelmshaven wieder ein. Eine so mangelhafte Bahnverbindung der Jadestädte mit Oldenburg läßt sich auf die Dauer wohl kaum aufrecht erhalten. Wir müssen das dringende Ersuchen an die Eisenbahndirektion richten, daß sie einmal ernstlich, unter Berücksichtigung der Interessen der größten Stadt des Landes, daran geht, eine Verbindung zu schaffen, die solche Unzulänglichkeiten, wie das jetzige der Fall ist, nicht mehr aufweist.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 19. Januar.

Achtung Bauarbeiter! Donnerstag abend 7½ Uhr: Generalversammlung im Edelweiß. Ein jeder Kollege muß erscheinen.

Hausangestellte, organisiert euch! Zu dem gestrigen Artikel „Die erbärmliche Bezahlung der Dienstmädchen" wird uns von der Ortsgruppe der Hausangestellten geschrieben: Daß solche und ähnliche Fälle vorkommen können, liegt lediglich an der Unaufgeklärtheit der Mädchen und Frauen, welche sich im häuslichen Dienst betätigen müssen. Gar zu oft werden uns ähnliche Fälle gemeldet und vertritt man die Rechte der Angestellten. Aber sagt man ihnen, organisiert euch, dann haben sie kein Gehör. Was wollen die Mädchen vom neuen Hausangestelltengesetz wissen, was kümmern sie sich um das Fortbestehen des Achtstundentages? Ihnen ist es gleich, ob der Fortbildungsschulzwang aufgehoben wird, wo sie doch innerhalb der Arbeitszeit und unentgeltlich ihr Wissen bereichern können; sie alle leben in den Tag hinein bis es, wie gemeldeter Fall zeigt, nicht mehr geht, oder sie gar vor die Tür gesetzt werden. Erst dann kommt man zur Organisation. Oft genug aber haben wir an die Arbeitereltern appelliert, mitzuhelfen, die Lage der ärmsten und ausgebeutesten Arbeiterinnen zu verbessern, sie unserem Verbande zuzuführen; was selbstverständlich Pflicht eines jeden Arbeiters ist, einer freien Gewerkschaft anzugehören, muß auch den Frauen und Mädchen in Fleisch und Blut übergehen. Die Lage des gesamten Standes kann nur verbessert werden, wenn eine starke Organisation besteht. Darum, ihr Mädchen und Frauen, die ihr als Tagmädchen, Aufwarte-, Stunden-, Wasch- und Reinmachefrauen usw. in Betracht kommt, meldet euern Beitritt zum Verband an. Anmeldungen nimmt entgegen die Kassiererin der Ortsgruppe des Zentralverbandes Frau H. Gerlach, Rüstringen, Mitscherlichstraße 1, eine Treppe.

Diebesbanden. Der organisatorische und genossenschaftliche Gedanke scheint jetzt auch auf ein Gebiet überzuschlagen, auf dem man ihn lieber nicht wirksam sähe, auf das Gebiet der Spitzbuberei. An allen Ecken und Enden hört man von der Entdeckung und Verhaftung von Diebesbanden. Sie bestehen meistens aus 3—6, mitunter auch mehr Personen und gehen ganz planmäßig zu Werke. Ein oder zwei Mann der Bande kundschaften mit größter Sorgfalt Diebstahlsgelegenheiten aus. Dabei wird genau ermittelt, was in dem betr. Hause zu holen ist, ob ein Hund da ist, wieviel Bewohner vorhanden sind, wann diese zu Bett gehen usw. Auch der Einbruch selber wird mit größter Umsicht ausgeführt, vor Ueberraschung sichert man sich durch Postenaufstellung. Im voraus ist meistens schon für Abnahme des gestohlenen Gutes gesorgt; wenn irgendwie möglich, wird es noch in der Nacht des Diebstahls an den Mann gebracht, damit bei etwaigen Haussuchungen nichts gefunden werden kann. Für die Landbevölkerung werden diese Diebesbanden, eben denen natürlich auch noch zahlreiche Einzelspitzbuben am Werke sind, zu einer wahren Plage. An verschiedenen Stellen ist man bereits am Werke, einen Wachtdienst zu organisieren, um sich zu schützen. Auch die Staatsanwaltschaft hat Abwehrmaßnahmen ins Werk gesetzt. Mehrere besonders dazu geeignete Beamtenmen sind vom normalen Dienst befreit und nur mit der Bearbeitung der größeren und der Bandendiebstahlssachen im Oldenburger Lande beauftragt. In der letzten Zeit ist es ja auch schon gelungen, verschiedene Diebesbanden hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Ein Bekenntnis.

Novelle von Theodor Storm.

1)

Es war zu Ende des Juni 1856, als ich eine alte Verwandte zu ihrem gewöhnlichen Sommeraufenthalt in der Drunnenstadt Reichenhall begleitet hatte, diesem zwischen Felsen eingekeilten Brutnest, von dem man sich nur wundern muß, daß die Ortsleute nicht die Brunnengäste allein dort wohnen lassen. Trotzdem — wir waren gegen Mittag angekommen — als ich nach beendigter Hoteltafel erfuhr, daß meine gute Tante sich zunächst einem Mittagsschläfchen und danach dem Auspacken ihrer hohen Koffer und der Einrichtung in dem neuen Quartiere widmen wollte, trieb mich die Langeweile ins Freie, wenn auch der Sonnenschein wie Glut herabfiel. Ich nahm den einfachsten Weg und ging auf der den Ort durchschneidenden Chaussee einige tausend Schritte durch den Paß Lueg, der hier nach Tirol hineinführt. Aber der Tag wie der Ort waren heute zu heiß, zwischen den engen Felswänden waren selbst die Schatten unerträglich; ich kehrte wieder um und ging den Weg zurück. Am Ausgange des Passes durchschnitt ein strudelnder Wasserstrom den Weg; auf der Brücke, die darüber war, stand ich lange und blickte wie zur Kühlung in die unter mir sich vorüberwälzenden Wasser. Dann entschloß ich mich und ging wieder in den unerträglichen Sonnenschein hinaus; der weiße Staub der Chaussee schimmerte und blendete, daß mir die Augen schmerzten. Als ich wieder im Orte war, bemerkte ich mir zur Rechten eine halboffene Gittertür in einer breiten Laubwand, dahinter einen weiten, mit vielen Bänken und Gartenstühlen besetzten Platz. „Ist das ein öffentlicher Garten?" frug ich einen mir entgegenschlendernden Burschen.

„Der Kurgarten," war die Antwort.

Ich trat hinein und blickte um mich her: es schien jetzt nicht Besuchszeit hier zu sein, nur einige Kindermädchen mit ihren kleinen Scharen saßen drüben im vollen Sonnenschein; was sie mit den Kindern sprachen oder sich gegenseitig zuriefen, tönte hell über den weiten Platz. Da es aber ein gut Stück über Mittag war, so hatte derselbe auch bereits seine Schattenseite, und dort weiter hinauf unter einem der umgebenden Bäume saß auch schon einer der Brunnengäste, Grau in Grau gekleidet, mit einem breitrandigen Hut von derselben Farbe. Er hatte die Hände auf seinen Stock gestemmt und blickte unbeweglich in die weiße Luft, die über den Alpen an der gegenüberstehenden Seite flimmerte, als ob kein Leben in ihm wäre.

Ich setzte mich, ein paar Bänke vor ihm, unter eine breitblätterige Platane gesetzt und unwillkürlich eine Weile zu ihm hinübergesehen. Plötzlich durchfuhr es mich, und meine Augen wurden groß: die stattliche Gestalt meines liebsten Universitätsfreundes, von dem ich über ein Jahrzehnt nichts gesehen und gehört hatte, war auf einmal vor mir aufgestanden. „Franz! Franz Jebe!" rief ich unwillkürlich. Er schien es nicht gehört zu haben; es war wohl auch eine Torheit von mir gewesen: der da drüben war wohl fast ein Fünfziger, ich und mein Freund aber waren immerhin noch in den letzten Dreißigern, an denen noch ein Glanz der Jugend schimmert.

Wir waren Landsleute, aber wir hatten uns erst als Studenten kennengelernt. Er war einer von den wenigen, die schon auf der Universität vor den Gleichstrebenden als eine Autorität genommen werden, was bei ihm, besonders hinsichtlich der inneren Medizin, auch von den meisten Professoren bis zu gewissem Grade anerkannt wurde. Im letzten Jahre war er noch Assistenzarzt auf einer Klinik für Frauenkrankheiten, wo es ihm einmal gelang, eine schon aufgegebene Operation glücklich zu vollenden. Was mich mit ihm verbunden hatte, war zum Teil ein von wenigen bemerkter phantastischer Zug in ihm, dem in mir etwas Aehnliches entgegenkam; die Arbeiten von Perty und Daumer über die dunklen Regionen des Seelenlebens ließ er, wenn auch unter manchem Vorbehalte, nicht verspotten. Nähere Freunde besaß er, außer etwa mir, fast keine. Die meisten, welche seiner Fakultät angehörten, schien es zu drücken, daß er so schnell und ruhig mit seinem Urteil fertig war, während sie noch an den ersten Schlußfolgerungen klaubten. Einen einfachen Menschen, in dem aber ein tüchtiger Mediziner steckte, frug ich eines Tages: „Was hast du gegen Franz Jebe, daß du ihm immer aus dem Wege gehst? Ich meine, daß er dich besonders respektiert."

— Er schüttelte den Kopf.

„Du wenigstens," fuhr ich fort, „brauchst dich doch durch seine Tüchtigkeit nicht zurückschrecken zu lassen!"

„Meinst du?" erwiderte er; „das ist ein eigen Ding einem Gleichaltrigen gegenüber; aber das ist es doch eben nicht bei mir."

— „Nun, und was sonst noch?"

„Er ist hochmütig!" versetzte er; „das sind keine Leute für mich. Noch gestern in der Klinik, es war ein eigentümlicher Fall von Diphtherie an einem Kinde, das die Mutter und gebracht hatte. Ich hatte untersucht, und da Jebe dabeigestanden und zugesehen hatte, teilte ich ihm einfach, aber eingehend meine Ansicht mit. Meinst du aber, daß er mich dann auch der seinigen würdigte? Mit einem herablassenden Lächeln sahen mich seine schorfen Augen an; der Zug um seinen schönen Mund wollte mir nicht gefallen."

So stand er zu den meisten seiner Fakultät; mit mir war es ein anderes: der Mediziner und der Jurist hatten keine Veranlassung, sich aneinander zu messen, und so hatte ich denn bald herausgefunden, daß hinter jener Schwäche ein warmes und wahrhaftiges Herz geborgen sei.

Der graue unbewegliche Mann dort, es konnte kaum Franz Jebe sein; aber was war es denn, daß meine Augen sich immer wieder unwillkürlich zu ihm wandten. Es hielt mich nicht länger, ich sprang auf schritt langsam ihm entgegen; so mußte er doch mich erkennen, der ich über die gewöhnlichen Veränderungen während reichlich eines Jahrzehnts eben nichts erlitten hatte.

Als ich zwischen ihn und das Stück Himmel trat, in das er wie in Nichts hineinstarrte, wandte er, wie erschreckt, seine Augen auf mich, und ich fühlte, daß er mich erkenne; dann aber berührte er schweigend, wie zum Gruße gegen einen Unbekannten, den Rand seines Hutes und ließ plötzlich mit einer eigentümlichen Bewegung den Kopf herabsinken, die mir mit einem Male jeden Zweifel nahm. Wie oft hatte ich dies an meinem Freunde wahrgenommen, wenn wir unter anderen waren und ein Gespräch sich aufgetan hatte, von dem er nichts mehr hören wollte.

Ich trat auf ihn zu und legte die Hand auf seine Schulter: „Franz!" rief ich; „du bist es doch; ich lasse mich nicht so leicht vertreiben!"

Langsam erhob er sein mageres Gesicht, und wieder sah er mich an, aber ohne Hast; und bald fühlte ich die Innigkeit, mit der seine Augen an den meinen hingen. „Du hast recht, Hans," sagte er mit einer mir fast fremden Stimme und griff nach meiner Hand; „ich weiß es wohl noch, wir hielten damals ein Stück aufeinander."

„Ich denke, Franz, es ist wohl noch heute so!"

Er nickte und zog mich neben sich auf die Bank. „Du hattest mich überrascht, Hans; ich pflege hier allzeit allein zu sein; weiter war es nichts. Aber sprich, wie kommst du hierher, so weit von unserer Heimat, der du als echter Sohn eines alten städtischen Geschlechts so unerbittlich anhingst; bist du nicht mehr dort?"

„Doch — ich habe nur eine alte Tante hergebracht, die ebenso unerbittlich dem hiesigen Brunnen zugetan ist! das sind Herzensgeheimnisse. Aber du, Franz, du hast verspielt, wie man bei uns zu Haus sagt, seit wir uns nicht gesehen haben. Bist du krank und suchst du Heilung in diesem Höllenkessel?"

„Nun, nun," entgegnete er; „es ist nicht alle Tage so! Ich bin nur hier, um allein zu sein, was zu Haus nicht möglich ist; und ob ich krank bin, das, mein Freund, ist so kurz nicht zu beantworten."

„So laß es lang sein; wir haben uns ja fast fünfzehn Jahre nicht sprechen hören!"

„Ich fürchte, Hans," erwiderte er, mich mit halbem Lächeln ansehend, „ich stehe wieder unter dem Bann deiner Liebenswürdigkeit; ich fühle auch: die kann ich's sagen, ja, ich muß es, was kein Mensch von mir wehr je erfahren hat, noch wird. Gehen wir nach meiner Wohnung; in meinem stillen Zimmer wird uns niemand stören, die grauen Schatten der Erinnerung können ungehindert um uns sein."

Landesbibliothek Oldenburg

Schadenfeuer. Heute nacht wurde die Werftfeuerwehr nach dem „Banter Bürgergarten“ gerufen, wo im Saal der Fußboden und der Tresen in Brand geraten waren. Durch das schnelle Eingreifen der vom Wirt sofort alarmierten Wehr wurde größerer Schaden verhütet. Der Betrieb ist nicht gestört.

Versteuerung der Miet- und Pachtverträge. Das Finanzamt Rüstringen-Wilhelmshaven gibt bekannt, daß die Versteuerung der Miet- und Pachtverträge im Januar zu erfolgen hat.

Tod und Unsterblichkeit. Dr. Paul Kammerer-Wien, der als Gast des Monistenbundes am Montag einen Lichtbildervortrag hielt, stellte zuerst die Frage auf: Gibt es einen „natürlichen“ Tod? Sterben alle Lebewesen aus Gründen, die in der Natur des lebenden Stoffes liegen, oder werden sie von äußeren Schädigungen langsam aufgerieben? Unvergänglich sind die nur aus einer einzigen „Zelle“ bestehenden Urwesen oder Protisten, solange keine äußeren Katastrophen sie ereilen: bei ihnen gibt es nur einen gewaltsamen Tod. Freilich kommt ihre Unsterblichkeit nur unter künstlichen Bedingungen zur Geltung, wenn jedes Exemplar (Zell-Individuum) isoliert gehalten und die Nährlösung, in der es lebt, täglich frisch zubereitet wird. Andernfalls nimmt die Lösung durch die Ausscheidung der darin vorhandenen Lebewesen Gifte auf, wodurch die Lebewesen allmählich gelähmt und getötet werden. Nun sind die aus zahllosen Zellen zusammengesetzten Pflanzen und Tiere (und Menschen) eigentlich auch solch eine Massenkultur, Kolonie von Zellenexemplaren, deren Nährflüssigkeit (Blut, Lymphe) nicht ausreichend gewechselt wird. Durch Blutgefäße und Blutdrüsen geschieht zwar eine Auswaschung und Entgiftung, aber sie geschieht unvollständig. Reste des Stoffwechsels, besonders in Muskel- und Nervenzellen als Pigmentkörnchen nachweisbar, bleiben zurück und nehmen in todbringender Weise überhand. Zuerst müssen die Nervenzentren, die Atmung und Herzschlag beherrschen, ihren Betrieb einstellen, dann stirbt der ganze Organismus, auch wenn seine übrigen Organe noch weiterleben können. Hätten wir ein Mittel, die Schlacken auszuwaschen, die Selbstvergiftung durch Auswaschung auszuschalten, so wären die Vielzeller (uns selbst mit einbegriffen) in demselben relativen irdischen Sinne unvergänglich wie unter besonders günstigen Umständen die Einzeller. Verjüngungsoperationen, wie sie uns die neueste Zeit beschert hat, nähern uns jenem Ziel um einen kleinen Schritt, weil sie die Neubelebung entgiftender Blutdrüsen herbeiführen, alternde Gewebe durch deren Vermittlung zu frischem Wachstum anregen. Ob daran auch die kritischen Nervenzentren beteiligt sind, bleibt einstweilen eine offene Frage; im verneinenden Falle würde die Verjüngung keinen Aufschub des Sterbens bedeuten, sondern nur einen Aufschub des Alterns; keine Lebensverlängerung, sondern bloß vermiedene Lebensverkürzung. Ist der Tod aus Altersschwäche ein Stoffwechseltod, bei Tier und Mensch Nerventod, Gehirntod, verschuldet durch lähmende Ablagerung giftiger Stoffwechselabfälle in lebenswichtigen Geweben des Zellenstaates, so wird das Ende des Lebewesens nur durch seine Erlebnisse herbeigeführt; der Tod wird somit dem Organismus in letzter Linie nur von außen her aufgezwungen. Daher gehört der Tod nicht zum Wesen des Lebens selbst, es gibt keinen wirklich natürlichen Tod aus inneren Gründen, der Möglichkeit nach sind alle Lebewesen, ob einzellig, ob vielzellig, leiblich unsterblich; in Wahrheit sind sie alle sterblich. Der Tod tritt im natürlichen Verlauf stets ein, weil der Daseinskampf den Lebewesen, gleich ob Urwesen, Tier oder Pflanze, täglich und stündlich kleine Wunden schlägt, denen sie zuletzt erliegen. Die Frage nach dem Wesen des Todes und der Unsterblichkeit erscheint so einer einheitlichen monistischen Lösung näher gebracht.

Ein probates Hustenmittel. Ein Mittel, das in vielen kinderreichen Familien gebraucht zu werden pflegt, ist folgendes: Man kocht eine Handvoll Anissamen und Kandiszucker (in Ermangelung tut es auch roter) und zwar bis es halb eingedickt ist; darauf wird die Masse durch einen Seiher gelassen und zum Abkühlen unter das Fenster gestellt. Hierauf verrührt man zwei Brausepulver mit demselben und deckt den Trank gut zu. Stündlich wird ein Löffel voll davon eingenommen; Kinder ein Teelöffelchen voll. Dieses Mittel ist selbst bei Keuchhusten von bester Wirkung.

Wilhelmshaven, 19. Januar.

Güterannahme nach Holland. Wegen Anstauungen auf den niederländischen Grenzbahnhöfen ist die Annahme von Frachtstückgut und Sammelladungen über sämtliche niederländische Grenzstationen hinaus bis zum 19. d. M. verboten. Auch nach Belgien und Frankreich bestehen augenblicklich Annahmesperren für Eisenbahnsendungen.

Sammlungsergebnis. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Folgende Spenden sind eingegangen und abgeschickt: Für die bei der Märzaktion ins Zuchthaus bzw. Gefängnis geratenen Kriegsopfer und deren Familien in Mitteldeutschland: An Bons 956,50 Mk., an Kleidungsstücken: 14 Paar Strümpfe, 3 Kindermäntel, 2 Schürzen, 4 Kleider, 1 Paar Handschuhe, 3 Blusen, 1 Paar Damenschuhe, 5 Mützen, 1 Untertaille, 1 Kittel, 3 Lätzchen, 2 Röcke, an Lebensmitteln: 2 Dosen kondensierte Milch, 3 Pakete Kindermehl.

Schöffengericht Wilhelmshaven am 17. Januar 1922. Die Haustochter Hanna H. in Cloppenburg hatte sich bei einer Frau N. hier um eine Stelle beworben und bei ihrer Vorstellung einen neuen Damenschirm an Stelle ihres alten, und nachdem sie bei einer Frau J. eine Woche in Stellung gewesen, eine seidene Bluse mitgenommen. Das Gericht nimmt Diebstahl an und verurteilt die H. zu fünf Tagen Gefängnis. Eine dreijährige Bewährungsfrist wird zugebilligt. — Der Kaufmann Andreas K. und der Kaufmann Emil K. in Rüstringen hatten beschlagnahmte Stoffe (Benzin), die sie in Besitz hatten, nicht an der zuständigen Stelle angemeldet. Ersterer hatte auch bedeutend über den Höchstpreis gefordert. Der Schlosser Hermann Sch. in Rüstringen ist angeklagt, das Benzin gekauft zu haben, er will aber nur den Transport ausgeführt haben. Das Gericht erkennt gegen Andreas und Emil K. auf je 200 Mk. Geldstrafe, Einziehung des übermäßigen Gewinns, gegen Sch. auf 50 Mk. bzw. für je 15 Mk. einen Tag Gefängnis. — Durch einen selbstausgestellten Requisitionsschein hatte der ehemalige Materialien-Verwaltersmaat Franz H. der 18. Torp.-Halbflottille sich 13 Kilogramm Feudelleinen, 10 Meter Drillich, etwa 75 Kilogramm Farbe, 10 Meter Flaggentuch, 7 Meter Flanell, 7 Meter Badetuch, 2,30 Meter Flanell, 3 große Fensterleder, 12,5 Meter Telephondraht, 25 Kilogramm Soda und etwa 2¼ Kilogramm Kerzen von der Werft liefern lassen. Zum Transport der Sachen hatte er einen alten Bekannten und einen Wagen mitgenommen. Sie wurden aber von einem Kriminalbeamten angehalten und festgenommen. Wegen Betruges wird auf zwei Monate Gefängnis erkannt. Bewährungsfrist bis 1925 wird gewährt. — Groben Unfug hatte die Dirne K. im städt. Krankenhause verübt und sich dafür einen Strafbefehl über drei Wochen Haft zugezogen. Die Strafe wird auf acht Tage ermäßigt, die Untersuchungshaft wird angerechnet. — Der Kaufmann Ludwig A. hier soll ein Paket Tabak erhalten und nicht abgeliefert haben. Er war der Unterschlagung angeklagt, wird aber freigesprochen. — Der Nieter Hermann K. hier war bei der Reichstreuhandgesellschaft beschäftigt und hatte Bronze, Blei und Zinkplatten beiseite geschafft. Er hatte nun seine 12- und 9jährigen Brüder mit einem Handwagen kommen lassen und die Gegenstände über die Mauer geworfen, wo sie von seinen Brüdern verladen werden sollten. Hierbei wurden sie abgefaßt. Das Gericht erkennt gegen Hermann K. auf drei Monate Gefängnis, weil er schon bestraft ist. Aussetzung der Strafe bis 1926 wird bewilligt. Sein Bruder Wilhelm erhält einen Verweis, der gleich erteilt wird. — Neun bei der Fischereigesellschaft beschäftigte Arbeiter waren des Diebstahls von Fischen angeklagt. Drei Fischhändler sollen dadurch Beistand geleistet haben, indem sie Bündel mit Fischen auf ihren Wagen mitgenommen hatten. Acht Arbeiter geben den Diebstahl zu, einer bestreitet ihn. Die Fischhändler bestreiten, sich der Beihilfe schuldig gemacht zu haben, sie hätten geglaubt, es sei Arbeitszeug. Sie werden von der Beihilfe freigesprochen, auch der eine Arbeiter wird freigesprochen. Die anderen acht Arbeiter werden mit je 30 Mark bzw. für je 15 Mark 1 Tag Gefängnis bestraft. — Drei wollene Decken hatte der ehemalige Flug-Mech.-Gast Arthur B. in Varel von einem Unbekannten für 25 bzw. 30 Mk. gekauft. Er war der Hehlerei angeklagt, wurde aber freigesprochen. — Der Buchhändler T. hier war der Preistreiberei angeklagt. Er hatte für Schulbücher 3 Mk. gefordert, trotzdem nur 2 Mk. der übliche Preis gewesen sei. Auf eine Geldstrafe von 300 Mk. bzw. für je 15 Mk. 1 Tag Gefängnis wird erkannt. — Der Schiffsführer Paul B. in Wannsee hatte einen Strafbefehl über eine Woche Gefängnis wegen Hehlerei erhalten. Er hatte eine Rolle Linoleum von 12 Meter von einem Unbekannten in der Bahn gekauft und hatte Einspruch eingelegt. Auf 400 Mk. Geldstrafe bzw. für je 15 Mk. 1 Tag Gefängnis wird erkannt. — Der Leutnant G. und der Leutnant v. A. bewohnten zwei aneinander liegende Zimmer in der Kaserne. Während die Offiziere bei dem letzten Putschversuche festgesetzt waren, hatte der Bursche Matrose M. der 2. Feldbatterie den Stubenschlüssel, und soll nachstehende Sachen entwendet haben: 1 Ledergürtel, 1 Paar Manschettenknöpfe, 1 Paar Handschuhe, 1 Zigarrenspitze, 1 Feldbluse, 1 Reithose, 1 Paar Ledergamaschen, 1 Pistole und 1 Regenmantel. Er gibt zu, die Gamaschen getragen zu haben, alles andere leugnet er. Die Feldbluse, der Regenmantel, Reithose, Pistole und Zigarrenspitze sind bei ihm gesehen worden. Das Gericht erkennt auf fünf Wochen Mittelarrest. — Die Kindergärtnerin O. in Rüstringen hatte sich in einem hiesigen Hotel dadurch Unterkommen verschafft, daß sie angab, der Herr, mit dem sie zusammen gewohnt hatte, der aber abgereist war, sei ihr Bruder und wolle bezahlen. Derselbe ist aber nicht wiedergekommen. Sie hat dem Kellner auch einen falschen Namen angegeben. Wegen Betruges erhält die O. eine Woche Gefängnis und wegen Angabe eines falschen Namens eine Woche Haft. Eine dreijährige Bewährungsfrist wird gewährt. — 1. Der Werfthelfer G., 2. der Klempner W., 3. der Klempner O. und 4. der Klempner R. hatten zu 1 und 2 versucht, 7,5 Kilogramm Linoleum, drei neue Messingbügel, zu 3 zwei neue Wassereimer und zu 4 zwei Stücke Blech von 1 und 2 aus der Werft zu schaffen, wurden aber beim Passieren des Tores angehalten. Zu 1 ist nicht erschienen, 3 und 4 geben es zu, 3 bestreitet die Absicht, die Eimer für sich gefertigt zu haben, sollten vielmehr an einer Stelle, wo sie als Inventar fehlten, verwandt werden. O. wird freigesprochen.

Dagegen werden O. zu 150 Mark und R. zu 30 Mark evtl. für je 15 Mk. 1 Tag Gefängnis bestraft.

Seezeichen. Helgoland: Die Leuchttonne „Düne O. 2“ auf ungef. 54 Grad 11 Min. N., 7 Grad 56 Min. Ost, die erloschen war, ist wieder angezündet worden. — Der deutsche Dampfer „Kunia“ funkt über Norddeich: „Osteremsansteuerungstonne ist beschädigt und nach der O 1 vertrieben. Die schwarzen Spitztonnen O 2 und O 3 in der Osterems sind vertrieben.

Gerammt. Das auf der Reede liegende Schiff des Fischers Ulrich Steffens, Neuharlingersiel, wurde von einem Midgard-Dampfer, Nordenham, eben oberhalb der Wasserlinie gerammt, und zwar so schwer, daß das Schiff sofort ins Dock geholt werden mußte. Die Schuld an dem Unfall soll, wie hier bestimmt verlautet und wie an Ort und Stelle durch Sachverständige festgestellt sein soll, den Dampferkapitän treffen. Dem Fischer erwächst hierdurch ein großer Schaden.

Adler-Theater. Donnerstag und Freitag sind die letzten Aufführungen von Grillparzers Trauerspiel „Die Ahnfrau“. Am Sonnabend und Sonntag wird mit neuer Ausstattung „Alt-Heidelberg“ gegeben. Den Erbprinzen Carl-Heinz spielt Eduard Eysend.

Gesangverein Arion. Der Verein veranstaltet am Sonnabend den 21. Januar im Parkhause ein Konzert. Als Mitwirkende ist das Orpheus-Quartett gewonnen.

Aus dem Lande.

Rüstersiel. Landverpachtung. Die Stadt Rüstringen ließ hier mehrere Hektar Ländereien sowie eine Landstelle der früheren Oetkenschen Besitzung, Neuendergroden, öffentlich verpachten. Es waren viele Pächter erschienen. Das Hektar Grünland wurde für 4500—5000 Mark jährlich, die Landstelle für 4500 Mark das Hektar verpachtet.

Garms. Raufereien. Gelegentlich des am Sonntage in Friederikensiel abgehaltenen Klootschießerballs kam es in der dortigen Wirtschaft (Groenewold) bedauerlicherweise zu Streitigkeiten und Raufereien, in deren Verlauf es blutige Köpfe und sonstige Verletzungen gab. Leider wurde hierbei einer so schwer verletzt, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Varel. Diebstahl. Vorgestern nacht ist aus den Bureauräumen der Nordd. Treibriemenwerke (Pohlmann) eine Continental-Schreibmaschine entwendet worden. Der Diebstahl muß noch während des Schneefalls in den Abendstunden ausgeführt worden sein, da man keine Spuren im Schnee vorfinden kann.

Delmenhorst. Entgleist. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist infolge falscher Weichenstellung ein Rangierzug entgleist. Die Maschine sauste die Böschung hinab und vergrub sich tief in einen angrenzenden Acker. Um den Schaden zu beheben, mußte der Oldenburger Hilfszug alarmiert werden. Das Personal, das sich durch Abspringen in Sicherheit bringen konnte, erlitt keinerlei Verletzungen.

Leer. Aus dem Provinzialausschuß. Der Provinzialausschuß genehmigte einen Antrag an den Provinziallandtag, betreffend die nochmalige Ausschreibung einer Provinzialsteuer für das Rechnungsjahr 1921 in Höhe von 26 441 000 Mark. Dieser Betrag soll den im Laufe des Rechnungsjahres infolge der Teuerungsverhältnisse entstandenen Mehrbedarf decken, wozu die im Haushaltsplan vorgesehenen Einnahmen nicht ausreichen. Sodann wurde beschlossen, dem Provinziallandtage die Aufhebung der Provinzial-Taubstummenanstalt Emden und die Ueberweisung der Zöglinge in die Provinzial-Taubstummenanstalt Osnabrück vorzuschlagen, daß für eine etwa später wieder notwendig werdende Neueinrichtung einer Provinzial-Taubstummenanstalt in erster Linie Ostfriesland in Aussicht zu nehmen ist. Zur Kultivierung von Oedländereien wurden aus dem ehemaligen Westfonds rund 492 000 Mark bewilligt und Oberamtmann Spinneker-Schoonorth in die Westfondskommission gewählt. Dem Rettungshause Großefehn wurden 500 Mark überwiesen, der Erziehungsanstalt Johannesburg bei Papenburg 800 Mark.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Jungsozialistengruppe. Heute abend 8 Uhr: Zusammenkunft im Parteisekretariat. — Freitag abend 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft im Parteisekretariat.

Die Gleichheit Nr. 2 ist eingetroffen.

Wettervorhersagen des Marine-Observatoriums Wilhelmshaven.

Morgen frische südliche Winde, bewölkt, leichte Niederschläge, nur geringe Wärmeänderung.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schah, Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Er blickte mich mit ernsten, trüben Augen an: „Nur einem nächsten Freunde kann ich es erzählen; denn Freude ist nicht dabei, ich kann nur eine Last auf deine Schultern legen.“

„So gehen wir,“ sagte ich; „ich bin derselbe, den du seit lange kennst.“

Er stand mit einer elastischen Bewegung von seinem Sitze auf, und ich sah mit Freuden, die Gestalt war zum mindesten noch fast dieselbe wie in unserer Jugend. Was mich vor allem bei ihm erschreckt hatte, verschwand freilich nicht, und während wir schweigend durch die Gassen schritten, grübelte ich vergebens, was seiner einst so metallreichen Stimme einen Laut beigemischt haben könne, der mich immer wieder an den traurigen Ton einer zersprungenen Glocke erinnerte.

Ich sollte es bald erfahren, denn schon waren wir in eins der ältesten Stadthäuser getreten, das mir Franz als sein zeitweiliges Heim bezeichnete. Sein Zimmer lag zu ebener Erde hinter einem kleinen Korridor; als wir eintraten, blendete mich fast die Dämmerung, die hier herrschte: ein paar Fenster mit kleinen Scheiben gingen auf einen scheinbar außer Gebrauch gestellten Hof, von dem die Seitengebäude jeden Sonnenstrahl abzuhalten schienen; altes Gerümpel, Zuber und Bretter und was noch sonst lagen umher und schienen trotz der draußen kochenden Sonnenhitze feucht zu sein von dem fortdauernden Mangel des Lichtes. In der einen Ecke stand ein alter dürftig belaubter Holunderbusch, auf einem seiner Zweige saß, in sich zusammengekrochen, eine Dohle und beschäftigte sich damit, die Augen bald zu schließen, bald wieder aufzumachen. Ich machte meinen Freund darauf aufmerksam.

„Störe sie nicht,“ sagte er; „sie ist satt und will nun schlafen.“ Damit tat er einen Schritt zur Tür, als wolle er den danebenhängenden Klingelzug ergreifen. „Du willst doch etwas trinken?“ frug er.

Ich schüttelte den Kopf. „Wenn du dessen nicht bedarfst?“

„Ich nicht,“ erwiderte er hastig und warf sich auf das harte Sofa; „und nun sehe dich, Hans!“ (Forts. folgt.)

Notizen. Die nächsten Vorstellungen der Freien Volksbühne der Jadestädte werden vom 13. bis 17. Februar stattfinden. — Die thüringische Regierung gedenkt eine technische Hochschule zu gründen und zu diesem Zweck das Köthener Technikum zu übernehmen, das seinen Sitz ändern will. Die Hochschule soll in Eisenach errichtet werden. — Wie man aus Wien meldet, wird am Sonnabend das Geheimpaket, das den Nachlaß Grillparzers enthält, feierlichst geöffnet werden. Nach den testamentarischen Bestimmungen Grillparzers durfte das Paket erst 50 Jahre nach seinem Tode geöffnet werden. Diese 50 Jahre sind am 21. Januar verflossen.

Arbeitskameraden.

Die Fabrik arbeitet mit voller Kraft. Ihr Gestampf will Tag und Nacht nicht schweigen. Eisenblöcke klirren in den Krankketten. Die Loren quietschen und knarren, wenn sie auf Kleinspurgeleise im Fabrikhof rollen. Die Ventile zischen. Nur die Menschen sind stumm. Mit ernsten, hager-rüstigen Gesichtern tun sie ihre schwere Pflicht.

Der graue Winterhimmel wölbt sich mürrisch über dem Fabrikbild. Reparationsarbeit wird in der Fabrik hergestellt. Dringliche Arbeit, die prompt fertiggestellt und korrekt geliefert werden muß. Irgendetwas Notwendiges für den Wiederaufbau im zerstörten Gebiet. Ein gut Teil von Deutschlands Zukunft hängt von der Gediegenheit dieser Arbeit ab. Sie wird nicht glänzend bezahlt. Aber darauf kann und darf nicht Rücksicht genommen werden. Da muß jeder, der mittun will, gute Nerven und feste Fäuste haben.

Ein alter Graubart hantiert zusammen mit einem blonden, rußgeschwärzten Riesen am gleichen Eisenblock. Die Kräfte des Alten sind durch die Jahre seines Lebens und durch die Unterernährung sichtlich verbraucht. Der andere muß ihm ein gut Teil der Bürde abnehmen. Und er tut's lachend. Schäumende Kraft spricht aus jeder Aeußerung seiner federnden Bewegungen. Fest packen seine großen, roten Hände zu. Seine starken Schultern wuchten mit starkem Ruck jede Last. Und seine Augen lachen dabei — es sind die Blauaugen eines großen Jungen.

Hochbepackt ist die kleine vierrädrige Karre. Der letzte Eisenblock ist aufgeladen. Die schwerste Arbeit ist getan. Der Alte räuspert sich. Es ist ihm nicht gut. Da ist mit einem raschen Sprunge der Junge an ihm herangesprungen. Mit einer flinken Armbewegung hat er den Alten zur Seite geschoben. Und da sieht man erst, daß ihm ein paar Finger an der linken Hand fehlen. Die hat er im Kriege opfern müssen. Aber das hat ihm nicht groß was getan. Sein gutes Herz ist unverletzt geblieben. Und dieses gute Herz übt auch jetzt wieder treue Kameradschaft . . .

Worte Bebels.

(Aus: „Die Frau und der Sozialismus“.)

Es mußte erst das eigentliche Wesen der Gesellschaft und die Gesetze, die ihrer Entwicklung zugrunde liegen, erkannt werden, ehe eine Bewegung für die Beseitigung der für ungerecht erkannten Zustände mit Aussicht auf Erfolg Platz greifen konnte. Der Umfang und die Tiefe einer solchen Bewegung hängen aber ab von dem Maße von Einsicht, das in den benachteiligten Schichten verbreitet ist, und von dem Maße von Bewegungsfreiheit, das sie besitzen.

Das Aussterben der Naturvölker.

Gegen die Naturvölker haben die Vertreter europäischer Kultur und Gesittung einen hartnäckigen Vernichtungskrieg geführt. Ganze Volksstämme sind in auffallend kurzer Zeit geradezu ausgerottet worden. Die Buschmänner, jene hellfarbigen Ureinwohner Afrikas, die noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in mondhellen Nächten bei fröhlicher Ausgelassenheit ihre ekstatischen Tänze aufführten, dieses einst so zahlreiche Volk ist zu kümmerlichen Resten zusammengeschmolzen. 1905 hat v. Luschan in Britisch-Südafrika nur noch 41 Buschmänner gesehen. Aehnlich ergeht es den Hottentotten.

Vor unseren Augen gleichsam sind die Tasmanier vernichtet worden. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurde dieses Volk auf 5000 Köpfe geschätzt. 1854 waren es noch 16, 1865 starb der letzte männliche Vertreter, 1876 die letzte weibliche Angehörige dieser Rasse. Unaufhaltsam ihrem Erlöschen gehen entgegen die Maori Neuseelands, die Hawaianer und Samoaner. Von den Wedda auf Ceylon gab es 1850 noch 8000, 1891 aber nur noch 1229. Auf der südostasiatischen Inselwelt sind reinblütige Stämme überhaupt nicht mehr vorhanden, und die sogenannten Austroasiaten oder Indoaustralier sind fast vollkommen verschwunden. Auch die ursprünglichen Bewohner der japanischen Inselwelt mußten vor den jetzigen Herren dieser Inseln, den Japanern, auf die nördlichsten Inseln Jesso und Sachalin flüchten. Ebenso verringert sich die Kopfzahl der meisten sibirischen Naturvölker sehr schnell. So zählten die Jenisseier 1897 noch 994, 1909 nur noch 700 Köpfe; die Jukagiren und Tschuwanen wurden um 1850 auf zusammen 2000 geschätzt, 1897 waren es insgesamt nur noch 506. Die Ostjaken nehmen an Zahl beständig ab. Die Aleuten, Bewohner der kleinen Inseln, die Sibirien mit Nordamerika verbinden, verringern sich zusehends. Ebenso die Itelmen Kamtschatkas.

Aehnlich in Amerika. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts, 50 Jahre nach der Entdeckung Amerikas, gab es, wie v. Boettichen in einem beachtenswerten Aufsatz im Juliheft des „Kosmos“ berichtet, auf den Großen Antillen keine eingeborene Bevölkerung mehr, auf den Kleinen Antillen konnten sich die Indianer bis ins 17. Jahrhundert halten. Außer in den unzugänglichen, fieberheißen Urwäldern Brasiliens sind in Amerika keine reinblütigen Indianerstämme mehr anzutreffen. Durch eine reizende Schilderung der Urwälder Sumatras von Wilh. Volz sind wir näher mit den Bewohnern dieser Insel bekannt geworden. Das Reich der Kubu ist Zehntausende von Quadratkilometern groß, ihre Zahl beträgt etwa ein paar Tausend. Auch dieses von der „Kultur“ zum Teil noch unberührt gebliebene Volk geht seinem Ende entgegen. Wie lange noch, und von den Naturvölkern sind die letzten Reste verschwunden.

Landesbibliothek Oldenburg